

Posener Zeitung.

Sechsundsechziger Jahrgang.

Mr. 14.

Donnerstag, 9. Januar
(Erscheint täglich zwei Mal.)

Annoncen-Bureauaus:
In Berlin, Hamburg,
Wien, München, St. Galien;
Udolph Wosse;
in Berlin, Dresden,
Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg
Wien u. Basel;
Haasenstein & Vogler;
in Berlin;
A. Heimeyer, Schloßplatz;
in Dresden: Emil Habath.

1873.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Sonntage täglich erscheinende Blatt beträgt viertel-jährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. — Bezahlungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an

Inserate 2 Sgr. die sechsgespaltene Zeile oder mehr Raum, dreigeschaltete Reklamen 5 Sgr. sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittag angenommen.

Denkschluß.

Z Berlin, 8. Januar. Es ist bezeichnend, daß die größte Aufregung über unsere gegenwärtigen Ministerverhältnisse gerade auf dem rechten Flügel der Nationalliberalen herrscht. Es macht sich hier ein Rückschlag geltend aus einer Vertrauensseligkeit, welche unmittelbar nach Durchbringung der Kreisordnung Platz gegriffen hatte. Während damals eine gewisse Spannung im Verhältniß zur Fortschrittspartei einzutreten drohte, sind die Nationalliberalen gegenwärtig eifrig bemüht, sich für alle Schritte der Mitwirkung der Fortschrittspartei zu versichern. In der Opposition gegen den alten Typus haben die Nationalliberalen geradezu die Führung ergriffen. Der alte Herr wird Augen machen bei der ersten Lesung der Eisenbahnanschläge. Die alte Clique welche früher halb durch Gemüthslichkeit, halb durch Interessenpolitik geleitet, die Eisenbahndebatten beherrschte, ist in den Hintergrund geschoben. Man will es in den Auszügen des Missbrauchs auch nicht bei scharfen Worten bewenden lassen. Nicht bloß das Gesetz über die Eisenbahnkommission wird in den Brunnens fallen; auch der wichtigste Theil des Anleihegesetzes wird verworfen werden. Man tadelte von vornherein die auf die Bildung von Interessentenkoalitionen berechnete Zusammenwerfung verschiedener Linien in eine Gesetzesbestimmung. Sodann findet das Bahuprojekt Berlin-Weglar und Koblenz-Sierck täglich mehr Gegner. Bekanntlich sind dafür 71½ Millionen in Ansatz gebracht. Es wird ausgeführt, daß, wenn vornehmlich militärische Interessen den Ausbau dieser Linie erforderlich machen, nicht Preußen, sondern das Reich die Kosten zu tragen habe. — In der Budgetkommision wird die Beratung des jetzt von Moon respontirenden Etats des Staatsministeriums beschleunigt, um Gelegenheit zu erhalten demnächst Moon vor das Plenum zu fordern. Dabei soll auch die Stellung Wagner's zur Sprache kommen. Derselbe bezichtzt zwar jetzt ein Gehalt, das mit Rücksicht auf den bisher mit der Stelle verbundenen Vortrag beim Könige auf 5000 Thlr. bemessen war; der Vortrag selbst aber ist ihm nicht übertragen worden, sondern soll jetzt ausschließlich von den Räthen des Kabinetts besorgt werden. — Die Verfolgung der Presse aus Anlaß der päpstlichen Aktion wird morgen bei der Etatsberatung von der Fortschrittspartei zur Sprache gebracht werden. Man erzählt, daß Eulenburg'sche Ministerialrestrikt sei auf Anregung Bismarcks erlassen worden. Bismarck habe in der ersten Ausregung seiner Nerven von Leonhardt eine Anweisung in die Staatsräte zur Konfession verlangt. Als der Justizminister dies abgeschlagen, habe Bismarck mit besserem Erfolg sich an den Polizeiminister gewandt. Die Polizei als Appellationsinstanz der Justiz, das erinnert an die schönsten Seiten des seligen Hinckley! Noch eine andere Überraschung ist dabei den liberalen Abgeordneten zu Theil geworden. Vor mehreren Jahren stach das Abgeordnetenhaus vom Berliner Polizeiamt die Gehälter der Leitoren. Späteren Behauptungen, das Institut dieser besonderen Preßpolizei bestände gleichwohl fort, wurde vom Ministerräte aus lebhaft widergesprochen. Jetzt nach Erlass des Eulenburg'schen Restriktus meldet sich als feindschaftlicher Warner bei den hiesigen Zeitungsvorlegern ein Herr, dessen Visitenkarte ganz naiv die Bezeichnung „Pector des Polizeipräsidiums“ trägt. — Minister Camphausen erschien heute morgen in der Kommission für die Steuervorlage. Der Minister scheint nach dem Eifer, mit welchem er das Schicksal des Gesetzes verfolgt, sein Portefeuille in der That an dasselbe knüpfen zu wollen. Der Minister erklärte in Betreff des Kontingentierungsvorschlags, daß er für die Krone und die Staatsregierung eine Erklärung nicht abgeben könne. Er „für seine Person“ hatte eine Fixirung des Klassensteuerertrags mit bestimmter jährlicher Steigerung nicht für bedenlich. Der Minister verwirft also die Fixirung der Klassenzinsen Einkommensteuer. Er will außerdem seinerseits eine Garantie dafür, daß die Klassensteuer nicht weniger als den fixirten Betrag einbringe. Ergibt die Vorantragung ein Minus, so will er mehr als den gesetzlichen Tarif erheben dürfen. Umgekehrt verzichtet er auf die Erhebung sämtlicher Monatsraten, wenn eine geringere Anzahl Raten schon den fixirten Betrag ergiebt. Der fixirte Betrag sollte gefunden werden aus dem bisherigen Ertrag nach Abzug der 2½ zum Steuererlaß bestimmten Millionen. Das Fixiren sollte sich jährlich erhöhen um einen dem Durchschnitt der bisherigen Erhöhung entsprechenden Prozentsatz. — Auf die Forderung dieser Erhöhung dürfte um so weniger eingegangen werden, als ohnedies die Klassensteuer sich indirekt erhöht durch den beständigen Übertritt von Höchststeuernden zur Einkommensteuer. — Der Minister meint, daß wenn man dergestalt den Ertrag auch nach Unten fixire, die Festsetzung des Steuertarifs aller Schwierigkeiten entkleidet sein würde. Die Kommission wird sich vermutlich morgen Abend schlüssig machen.

□ Berlin, 8. Jan. [Ministerialsitzung. Petitionen.] Ueber die am 6. d. M. stattgehabte Sitzung des Staatsministeriums wird mitgetheilt, daß darin namentlich über diejenigen Gesetzentwürfe verhandelt wurde, welche das Verhältniß des Staates zur Kirche zu reguliern bestimmt sind. Bei dieser Beratung wurde, von einer Seite der definitive Antrag gestellt, diese Gesetzentwürfe zurückzu ziehen. Es knüpfte sich an diesen Antrag eine längere und sehr heftige Debatte, bei der namentlich der Finanzminister Camphausen sehr energisch aufgetreten sein und die Erklärung abgegeben haben soll: er werde, falls dieser Antrag die Mehrheit erhalte, sofort seine Entlassung fordern. Dieses energische Auftreten führte dahin, daß die Einbringung der betreffenden Gesetzentwürfe beschlossen und dadurch dem Minister des Innern die gestern im Hause der Abgeordneten abgegebene Erklärung ermöglicht wurde: daß Thatsachen beweisen würden, wie das jetzige Ministerium im Geiste des früheren weiter gehe. Das so eben ausgegebene zweite Verzeichniß der beim Abgeordnetenhaus eingegangenen Petitionen enthält u. A.: Aus der

Provinz Schleswig-Holstein 54 Petitionen, welche sich auf die Schleswig-Holsteinschen Staats-Obligationen über die sogenannten gewonnenen Anleihen aus den Jahren 1849 und 1850 beziehen. Petenten beantragen, zu bewirken, daß diese Anleihen als Gesamt-Staatschulden des preußischen Staates anerkannt werden. — Frhr. v. Spies-Vullesheim und Gen. zu Aachen beschwören sich, daß von den Behörden den Mainzer Vereinen der deutschen Katholiken gegenüber, dem verfassungsmäßigen Vereinsrechte zu nahe getreten wird; den Schülern der höheren Lehr-Arbeitsstätten die Mitgliedschaft an religiösen katholischen Vereinen untersagt ist, daß die Schulbrüder und Schulschwestern aus ihren Lehrämtern entfernt werden sollen, und protestieren gegen das Jesuitengesetz und die Anordnungen zur Ausführung desselben. — Desgleichen beantragen Appellationsgerichtsrath v. Hagens und Gen. Namens und im Auftrage der Wählerversammlung der Verfassungspartei zu Köln: 1. daß das Recht der Kirche und der Eltern auf die Volksschule in allen Beziehungen gewahrt; 2. daß die religiösen Übungen, welche die Kirche und die Eltern für die Jugend veranlassen, aufrecht erhalten; 3. daß die Lehrfreiheit allen Staatsangehörigen ohne Ausnahme gesichert; 4. daß den Jesuiten und Staatsbürgern der volle Genuss ihrer Bürgerrechte zurückgegeben werde. — Das Komitee zur Abwehr der Schädigung der Interessen der Besitzer rumänischer Eisenbahnlinien in Düsseldorf beantragt den Erlass eines Gesetzes, wodurch die kleinen Kapitalisten gegen eine Ausbeute durch das große Kapital geschützt werden. — Die dänisch-gesinnten Wahlmänner des Kreises Eisfeld in Nord-Schleswig verlangen, daß die Regierung aufgesordert werde, die erforderlichen Maßregeln zu treffen, damit die im Art. 5 des prager Friedenstraktes vorgezeichneten Staatshandlungen endlich ins Werk gesetzt werden. — Reservist Schnitz zu Essen bittet, dahin zu wirken, daß den Inhabern des Eisernen Kreuzes eine Pension bewilligt werde. — Die erste Nummer des neuen „Centralblatt für das deutsche Reich“ wird am 10. d. M. ausgegeben werden.

○ Berlin, 9. Januar. Bekanntlich bildeten neben dem teuren Preise die Schwierigkeit an den einmal fertig gestellten Gußstahl-Geschützen eine Aenderung oder Reparatur zu erwirken, wie die geringe Verwendungsfähigkeit der ausgebrauchten Gußstahl-Geschütze die Hauptwandlungen, welche lange Zeit gegen die Einführung und später wieder die Beibehaltung der Gußstahl- und für die Wiedereinführung der Bronze-Geschütze geltend gemacht wurden. Neuerdings ist es indem gelungen, durch Einführung einer neuen Stahlsorte die verbrauchten Gußstahl-Geschütze nicht nur wieder gebrauchsfähig herzustellen, sondern ihre Wirkungsfähigkeit zugleich auch durch diesen Prozeß noch bedeutend zu steigern. Es werden denselben nämlich durch dies gedoppelte Geschützrohr gleichsam die Eigenschaften und die weit erhöhte Widerstandsfähigkeit der neuen Ringgeschütze verleihen, so daß bei den so behandelten Geschützrohren ohne die geringste Gefahr eine weit erhöhte Pulverladung angewendet und damit auch dem entsprechend eine beträchtlich gestiegene Wirkung erzielt werden kann. Bereits sind denn auch beinahe die sämtlichen, im letzten deutsch-französischen Kriege beschädigten Gußstahl-Geschützrohre in dieser Art wiederhergestellt worden und würde das gleiche Verfahren vielleicht auf sämtliche vorhandene Feldgeschütze ausgedehnt werden, wenn das in Prüfung begriffene neue Ring-Gußstahl-Feldgeschütz in Folge seiner neuen, ganz eigenartigen Konstruktion nicht noch besondere Vortheile in Aussicht stelle. Der Abschluß der Versuche mit diesem Letzteren wird als spätestens mit nächstem Frühjahr bevorstehend u. dessen Einführung durch die bei diesen Versuchen erzielten, die gespanntesten Erwartungen noch überbietenden Ereignisse als nicht mehr dem geringsten Zweifel unterliegend bezeichnet. Natürlich bleibt das neuerfundene Reparaturverfahren auch bei diesen künftigen Gußstahl-Feldgeschützen anzuwenden. Dasselbe gestattet zugleich das so behandelte Geschützrohr länger als im ursprünglichen Zustande herzustellen, indem man dazu die eingefügte Stahlsorte nur über das Mundstück herausragen zu lassen braucht. Erforderlichstens kann zur erhöhten Sicherheit über diese Verlängerung auch noch ein Ring aufgezogen werden. Noch steht aber nach Einführung dieses Verfahrens auch das Preisverhältniß der Gußstahlgeschütze derart, daß im Vergleich nicht nur zu Bronze, sondern selbst zu den gut- und schmeidesten Geschützen der höhere Preis des Materials durch ihn um so viel längere und kaum noch abschaffbare Gebrauchs- u. Verwendungsfähigkeit jedenfalls mehr als aufgewogen wird. — Die für den 1. Februar verfügte Errichtung einer neuen Eisenbahn-Kompanie bei der bayerischen Armee war schon Mitte vorigen Jahres als in Aussicht stehend bezeichnet worden. Wie verlantet, und damals ebenfalls bereits mit Bestimmtheit berichtet wurde, soll fernerhin auch den anderen süddeutschen Corps noch eine sechste gleichartige Kompanie hinzutreten. Die Erweiterung und Vermehrung dieser neuen technischen Truppe würde demnach ganz in ähnlicher Weise wie bisher die der Seeartillerie erfolgen. Die gleiche Einrichtung ist übrigens bereits bei der russischen und österreichischen Armee ins Leben getreten, und steht die Einführung von schon im Frieden vorgedachten Eisenbahn-Abtheilungen wohl bei sämtlichen größeren europäischen Armeen zu gewärtigen. Das steht angetretene Jahr wird darüber entscheiden, ob den beiden seit 1870 der deutschen Armee und Marine neuzeugwachsenen derartigen Spezialformationen, dem Torpedocorps und dem Eisenbahn-Bataillon, in einer Aerostaten-Abtheilung noch eine dritte derartige Truppe hinzutreten soll. Deutscherseits werden übrigens in allen bisherigen Mittheilungen fortgesetzt die neueren Fortschritte der Luftschiffahrt als lange noch nicht für eine praktische und von der Aussicht auf einen wirklich thatächlichen Erfolg begleitete Kriegsverwendung geeignet bezeichnet, wogegen französischer und österreichischer ebenso konsequent für ein Gelingen der in den beiden Staaten ebenfalls eingeleiteten Luftschiffahrtversuche die günstigsten Erwartungen gehabt und geäußert werden. Ein öffentlicher Versuch mit dem neuen und, wie behauptet wird, lenkbaren Haenlein'schen Ballon steht nach den Mittheilungen aus Wien dort bekanntlich während der diesjährigen Weltausstellung zu gewärtigen, wogegen hier und in Frankreich über die Ergebnisse der betreffenden Ermittlungen und Versuche soweit nur irgend möglich das strengste Geheimnis beobachtet wird.

— Der Kaiser hat auf die ihm zum neuen Jahre dargebrachten Glückwünsche des Magistrats der Stadt Berlin folgendes Antwortschreiben an den Magistrat gelangen lassen:

Es ist Mir eine liebe Gewohnheit geworden, von dem Magistrat Meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin beim Jahreswechsel so herzliche Glückwünsche entgegenzunehmen zu können, wie derselbe sie Mir auch beim Eintritt des gegenwärtigen Jahres wieder gewidmet hat. Indem Ich dieselben so herzlich, wie sie dargebracht worden, erwic-

dere, danke Ich dem Magistrat für den Hinweis auf das viele Freude, welches Mir auch während des vergangenen Jahres in Meinem fürstlichen Berufe durch die göttliche Vorsehung beschieden gewesen ist. Wenn sich das Jahr nicht ohne Tage persönlicher Betrübnis erfüllt hat, so habe Ich doch auch in solcher Lage Mein Gemüth in dem frölichen Blick darauf erheben können, daß Mein Volk an Meiner Trauer und Meinen Begegnungen nicht minder regen Anteil nimmt, als es Mir die Seiten der Freude und des Glanzes zu verherrlichen stets bereit ist. Wie ich insbesondere bei dem Magistrat bei jeder Gelegenheit einem innigen Verständnisse Meinen Empfindungen begegne bin, so darf Ich dies erfreuliche Verhältniß als über den Wechsel von Seiten und Personen erhaben betrachten und dasselbe somit vertrauensvoll der Zukunft empfehlen.

Berlin, den 4. Januar 1873.

gez. Wilhelm.

— Dem Central-Komitee der deutschen Vereine zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger, welches der Kaiserin und Königin bei Gelegenheit des Jahreswechsels seine Glückwünsche in einer Adresse ausgesprochen hat, ist von Allerhöchst derselben eine huldvolle Antwort zugegangen.

— Das „Militär-Wochenblatt“ veröffentlicht folgende Erklärung des Chefs des Generalstabs der Armee, Generalfeldmarschall Graf Moltke:

Neuerdings erschienene militärische Werke schildern besondere Abschnitte des Feldzuges 1870/71, oder die Theilnahme einzelner Waffen oder Heerestheile an demselben. Es liegt in der Natur der Sache, daß diese Schriften dasjenige, was außerhalb des Rahmes ihrer speziellen Aufgabe fällt, nur nebenständlich behandeln, und daß dabei unabsichtliche Irrthümer oder Auslassungen vorkommen können. Wie den militärischen Schriftstellern bereitwillig das Material der Kriegs-Akten zugänglich gemacht wird, so liegt ihnen andererseits die Verpflichtung ob, daß daraus gewonne Resultat dem Generalstab Einfluß vorzulegen. Diese Kontrolle kann sich aber selbstverständlich nicht darauf erstrecken, die Vollständigkeit und absolut richtige Auffassung aller in jenen Werken angeführten, namentlich taktischen Einzelheiten zu prüfen. Dies würde dazu nötig, bei jeder derartigen Veröffentlichung die umfangreichen Tagebücher und Berichte zahlreicher Truppenkörper immer wieder auf's Neue durchzusehen, eine Arbeit, zu welcher der mit der offiziellen Darstellung des Feldzuges beschäftigten kriegsgeschichtlichen Abteilung weder Zeit noch Kräfte gewährt sind. Ohnehin kann es nicht in der Absicht liegen, die selbständige Meinungsäußerung der militärischen Schriftsteller zu erschweren, vielmehr unterliegen ihre Auffäße nur soweit einer Prüfung, daß nicht durch Haltung und Ausdruck eine Polemik in der Presse zwischen Truppenkörpern oder Befehlshabern hervergerufen werde, die dem militärischen Geist nicht entspricht. Wenn trotz der dabei geübten Sorgfalt dennoch in öffentlichen Blättern Veröffentlichungen erschienen sind, welche meist wieder Berichtigung bedürfen, so kann dies nicht nur darauf hingewiesen werden, daß die in Fortgang begriffene offizielle Darstellung des ganzen Feldzuges bestrebt sein wird, allen Theilen gleichmäßig gerecht zu werden, ihren Anteil an einem ruhmvollen Feldzuge ungefärbt zur Geltung zu bringen und die entgegenstehenden Auffassungen geziert zu vermittelns, als dies durch Beitragsartikel geschehen kann, die nicht zu erwarten stets eine grobe Selbstverleugnung bei dem Belehrten voraussetzt. Soweit aber in jenen Reklamationen geltend gemacht wird, daß Auffäße, die unter Rezipienz des Generalstabes erschienen sind, einen halb amtlichen Charakter tragen, so dürfte aus dem bereits gesagten genügend hervorgehen, daß dies nicht zutrifft.

Graf Moltke,
General-Feldmarschall und Chef
des Generalstabes der Armee.

— Im vorigen Jahre erwarb der Militärfiskus zur Vergrößerung des Exerzierplatzes bei Tempelhof von hiesigen Baugewerben im Wege der Expropriation ein Terrain von 140 Morgen Ackerland für den Preis von 150,000 Thlr. Die ehemaligen Besitzer haben sich bei der ihnen zugesprochenen Abfindungssumme jedoch nicht beruhigt, den Fiskus vielmehr wegen einer Entschädigung von 600,000 Thlr. gerichtetlich verklagt.

— Unter der Überschrift: Gegen den Missbrauch kirchlicher Strafen schreibt die „Provinz-Korreps.“:

Der preußische Landtag wird in der nunmehr wieder begonnene Session namentlich auf dem Gebiete der kirchlichen Politik noch bedeutende Aufgaben zu erfüllen haben. Die Bewegung, welche während der letzten beiden Jahre innerhalb der katholischen Kirche hervorgetreten ist, die Haltung, welche ein einflussreicher Theil der katholischen Geistlichkeit neuerdings dem Staat gegenüber eingenommen hat, die Bildung einer staatsfeindlichen katholischen Partei im Lande, deren Absichten je länger desto deutlicher und energischer sich geltend machen, begründen die Notwendigkeit den Übergriffen der Kirchengewalt mit derjenigen Entscheidlichkeit entgegenzutreten, welche zur Wahrung des konfessionellen Friedens und zur Aufrechterhaltung der staatlichen Autorität unerlässlich erscheint. Eine der wichtigsten Pflichten ist in dieser Beziehung die Verhinderung des Missbrauchs der kirchlichen Straf- und Bußmittel. In Preußen reicht die bisherige Gesetzgebung zur Erreichung dieser Zwecke nicht aus. Ein von der Staatsregierung vorgelegter Gesetzentwurf „über die Grenzen des Rechts zum Gebrauch kirchlicher Straf- und Bußmittel“ hat den Zweck, dem angedeuteten Bedürfnis unter Beachtung dieser veränderten Stellung des Staats auf einem bestimmten Gebiet, namentlich dem der Kirchenstrafen und Kirchenzucht, als auf demjenigen zu genügen, wo Auschreitungen nur zu leicht vorkommen können und schon vorgekommen sind. Als leitender Grundsatz ist dabei festgehalten, daß ein Staat, welcher den verschiedenen Kirchen- und Religions-Gesellschaften Raum zur freien und selbstständigen Entwicklung gewährt, nur insofern gegen einen Missbrauch der geistlichen Amtsgewalt einzustehen verfügt hat, als die staatlichen Einrichtungen und Gesetze, die staatlichen Rechte seinen Angehörigen oder die Erfüllung der den letzteren gegen den Staat obliegenden Pflichten in Frage gestellt und gefährdet werden. Als zulässig können vom Staat überhaupt nur solche Strafen erklärt werden, deren Wirkung sich lediglich auf das kirchliche Gebiet beschränkt. Das Staatsgesetz hat das Recht und die Pflicht, jeden Übergriff über diese Grenze zu verbieten. Der Gesetzentwurf verbietet ferner die Anwendung kirchlicher Straf- und Bußmittel in Fällen, wo dasselbe deshalb verhängt oder verklündet wird, weil die davon betroffene Person ihren amtlichen oder staatsbürglerlichen Pflichten nachkommen ist, — oder von einem öffentlichen Wahl- oder Stimmrecht Gebrauch macht, oder seine Ausübung unterlassen hat. Artikel 12 der Verfassungsurkunde bestimmt: „den bürgerlichen und staatsbürglerlichen Pflichten darf durch die Ausübung der Religionsfreiheit kein Abbruch geschehen.“ In diesen Beziehungen sind die Religionsgesellschaften den Staatsgesetzen unterworfen und können keinerlei Befreiung in Anspruch nehmen, welche mit den im Staat bestehenden Ordnungen in Widerspruch treten. Der Gesetzentwurf hat endlich noch den Zweck, bezüglich der den

Religionsgesellschaften freistehenden Straf- und Zuchtmittel die Anwendung einer Form zu verhindern, welche — wie noch nenerliche Erfahrungen zeigen — abgesehen von der den Beteiligten damit zugefügten Kränkung, in weiteren Kreisen Anstoß erregt und als ein Abergern empfunden wird. Kein Religionsdienner soll befugt sein, kirchliche Strafen unter Bezeichnung der davon betroffenen Personen öffentlich bekannt zu machen. Die Kirchenzucht an sich erleidet keine Einbuße. Nur ihre äußere Betätigung wird in die Grenzen gewiesen, deren Einhaltung im Interesse der öffentlichen Ordnung wie des religiösen Friedens gleichmäßig geboten erscheint.

— Die „Voce della Verità“ enthält eine Berliner Korrespondenz, deren Verfaßter die Zentrumspartheid gegen die Unterstellungen vertheidigt, zu welchen ihr Zusammengenhege mit den Konservativen Anlaß geben könnte. „Wir deutschen Katholiken“, so sagt der Korrespondent, „stimmen zwar immer mit den Konservativen; aber es wäre ein Irrthum, zu glauben, daß wir mit ihnen einverstanden seien. Dieselben sind großtheils — um nicht zu sagen, alle — Protestant, und ihre politische Vergangenheit ist in unseren Augen verachtungswürdig.“ Hierauf erläutert der Korrespondent in wenigen Worten die Geschicht der preußischen Politik mit jener Wahrheitssiehe und Sachkenntnis, die man von einem Korrespondenten des Jesuitenblattes erwarten kann, und fährt dann fort: „Die Konservativen waren stets die Anhänger dieser Politik, welche selbstverständlich nie die Politik der katholischen Partei sein kann, noch je gewesen ist. Deshalb leugnen wir, daß dieselben unsre Freunde sind, indem wir wohl wissen, daß sie nur mit uns gehen, wenn es ihnen in den Kram paßt.“

— Wir lesen im „Berl. Tagebl.“:

In der Jakobikirche wurde am Neujahrsstag von den Pastoren Dickehoff und Niedlich von der Kanzel herab ungefähr folgende Wahrung an ihre Gemeinde erlassen: „Der ehemalige Judenmissionar Dr. phil. Wilhelm Schulze hat vor Jahren sein Examen gemacht und ist von uns in den Stand der Kandidaten aufgenommen worden, es mußte ihm aber in Folge einer Disziplinaruntersuchung die Erlaubnis zum Predigen entzogen werden. Trotzdem predigt derselbe, theilt das Abendmahl aus, gebedet sich als Seelsorger, unterrichtet Kinder und segnet sie ein, hält Leichenreden und erheilt die h. Taufe. Wir möchten wegen dieses Benehmens, das wir mindestens als ein eigenmächtiges bezeichnen müssen, unsere Gemeinde vor diesem Dr. Schulze warnen, und erklären dessen Amtshandlungen hiermit als kirchlich ohne jede Geltung.“ Der genannte Dr. Schulze wird wegen dieser Handlungsweise der genannten Pastoren die Staatsanwaltschaft in Anspruch nehmen.

— Wie mit allgemeiner Theilnahme vernommen wird, ist der Abgeordnete v. Sacken-Julienfeld heute früh auf seinem Familiengute in Preußen nach kurzem Unwohlsein einem Herzschlag erlegen. Die „Nat. Ztg.“ äußert sich über ihn wie folgt:

Der Verstorbene war einer der Veteranen unseres Verfassungsliebens und durch die seltene Treue und Reinheit seines Charakters ein weit über die liberalen Kreise hinaus hochgeachteter und verehrter Mann. Auch unserm Königshause, insbesondere dem Kaiser Wilhelm und dem Kronprinzen hat er persönlich nahe gestanden. Schon seit den vierjährigen Jahren (erst in dem preußischen Provinziallandtag, dann in dem Vereinigten Landtag) auf der politischen Bühne thätig, ist er unerschütterlich durch alle Wechsel der Zeiten für die verfassungsmäßige Teilnahme der Nation an der Ordnung ihrer staatlichen Angelegenheiten eingetreten. Er hat als Mitglied der Verfassungskommission der zweiten Kammer mit an der Wiege unserer Verfassung gestanden und schon damals gegen die Verunstaltungen derselben, welche nach Abschluß des Reaktionswerks die bekannte Volkschaft Friedrich Wilhelms IV. forderte, mutig sein Votum eingelegt. Die Reaktionsszenen der Manneufl-Westphalen und der von der Heydt-Mühler sehen ihn deshalb in der entschiedenen Opposition. Mit lebhaftester Freude begrüßte er 1866 das Zurückkehren unseres Staates aus den Irrwegen der Politik Otmüls und den nationalen Aufschwung derselben zum deutschen Reich. Ohne alle persönliche Ehrfurcht schloß er sich rückhaltslos der national-liberalen Partei an und suchte nicht, wie viele seiner altliberalen Kampfgenossen aus jungen Tagen, in einer Fernhaltung von den Parteien der neuen Zeit sich eine besondere Stellung zu bereiten. Es war eben ein Aristokrat in gutem Sinne des Worts, der in der Pflichterfüllung den Beruf des Edelmanns fand. Keiner gemeinnützigen Verbreitung hat Sacken sich je verhaftet und dem landwirtschaftlichen Aufschwung der Provinz Preußen hat er an der Spitze des landwirtschaftlichen Vereins von Litthauen und Masuren seine besten Kräfte gewidmet. So hinterläßt er ein gesegnetes Andenken in den weitesten Kreisen wie er denn auch — auch darin ein Muster für unsere Aristokratie — gewußt hat, die Gesinnung, welche ihn auszeichnete, in den

Nachkommen der Familie großzuziehen und lebendig zu halten. So hat er (er hat es auf ein Alter von 74 Jahren gebracht) in dem Bewußtsein scheiden können, seinen Namen fest mit der Geschichte unseres Vaterlandes verknüpft zu haben.

— Vor einiger Zeit richtete ein gewisser Georg Winter aus Ottensen im „Sozial-Demokrat“ einen schamlosen Angriff gegen Schulze-Delitzsch, der ihn der Impietät gegen seine alten Eltern beschuldigte. Eine Anzahl von Bürgern der Stadt Delitzsch und von Abgeordneten hat sich die Mühe gegeben, an der Hand der bezogenen Thatsachen jene freche Beleidigung als gänzlich erdichtet nachzuweisen und eine dem entsprechende Erklärung mit Namensunterschrift zu veröffentlichen.

— Am 20. d. M. findet bekanntlich im sächsischen Wahlbezirk (Glauchau-Merseburg) die Wahl zum Reichstag für den von Gerichts wegen seines Mandats verlustig erklärten bisherigen Abg. Bébel statt. Nach den hier eingetroffenen Nachrichten ist die Wiederwahl des Herrn Bébel ganz unzweifelhaft; gleichzeitig heißt es aber auch, daß jenes Erkenntnis des sächsischen Gerichts, welches Herrn Bébel das Recht eines Reichstagsmitgliedes abprach, Gegenstand einer Interpellation des Reichskanzleramtes werden wird. Ob Herr Bébel selbst oder sein Parteigenosse, der Reichstags-Abgeordnete Adv. Schraps, diese Interpellation einbringen wird, ist nicht gesagt.

— Bekanntlich liegt dem Abgeordnetenhaus ein Antrag des Abgeordneten Schmidt (Stettin) und Genossen vor, welcher die Entschädigung der Gemeinden für die Kriegsleistungen aus der französischen Kriegscontribution beweckt. Wie die „Spes. Ztg.“ hört, soll diese Angelegenheit auf dem Wege der Reichsabsatzgebung erledigt werden und dürfte eine bezügliche Erklärung vom Ministerium die Erledigung der Sache im Abgeordnetenhaus schnell bewirken.

— Seit einigen Tagen verweilt hier der berühmte Kirchenrechtslehrer Herr Professor v. Schulte, der bekanntlich im Frühjahr von Prag nach Bonn übersiedelt wird. Wenn auswärtige Blätter seine Anwesenheit mit dem Gesetzentwurf über die geistliche Disziplinarengewalt in Verbindung bringen, so übersehen sie, daß dieser Entwurf bereits vor längerer Zeit abgeschlossen war.

— In der ersten (Regierungs-) Abteilung des hiesigen Polizeipräsidiums haben sich in neuester Zeit mehrfache Änderungen zugetragen. Der Regierungsrath Bübling, welcher das Gewerbe-Decennat bearbeitete, ist frankheitshalber aus dem Staatsdienste geflohen, und sein Nachfolger im Decennat, der Regierungs-Assessor v. Borde, nach kaum sechswochentlicher Amtszeit gestorben. Dagegen ist neu eingetreten der Regierungs-Assessor Naumann. Außerdem ist der Regierungs- und Baurath Wümann seit dem 2. d. M. u. d. in gleicher Eigenschaft nach Kassel versetzt, und wird zur Zeit durch den Ober-Bau-Inspektor Wollmann vertreten, welchen in seiner Eigenschaft als Dirigent der III. (Bau-) Abteilung der älteste Bau-Inspektor Langerbeck vertritt.

— Von ca. 160 Unteroffizieren der Armee, die die Erlaubnis ihrer betreffenden Truppenteile und die Ordre zum Eintritt in die Schusmannschaft erhalten hatten, haben nur 19 (sage neunzehn) Mann von der Erlaubnis Gebrauch gemacht.

— Der deutsche General-Konsul in London, Herr Wilke, macht in den englischen Blättern bekannt, daß im Laufe der Monate März und April die Deutsche Fischereigefellschaft unter dem Protektorat des Kronprinzen in Berlin eine Ausstellung veranstalten wird, zu welcher die Fabrikanten aller Länder aufgefordert werden, Artikel ihrer Fabrikate, Erfindungen und Verbesserungen einzuführen.

— Auf die Petition, welche die hiesigen Gemeindelehrer unter dem 24. November v. J. wegen Erhöhung der Lehrergehälter an das Provinzial-Schulcollegium gerichtet hatten, ist jetzt nach der „Voss. Z.“ die Antwort erfolgt, daß die Eingabe zur wohlbwillenden Berücksichtigung bei Aufstellung des neuen Normalatals für die städtischen Gemeindelehrer an den Magistrat überreichten sei. Inzwischen haben die Petenten sich auch an den Kultusminister Falk mit einer „Denkschrift über die Gehaltsverhältnisse der Lehrer an den Gemeindeschulen in Berlin“ gewendet, in welcher sie, gestützt auf eine spezialisierte Preisberechnung der notwendigen Lebensbedürfnisse, die Unzulänglichkeit der gegenwärtigen Befestigungen nachweisen, und darum bitten, daß eine Gehaltskala von 600 bis 1200 Thlr. für die Klasslehrer und von 1000 bis 1400 Thlr. außer freier Wohnung, für die Hauptlehrer, sowie von 450 bis 650 Thlr. für die Lehrerinnen eingeführt, und daß die Dienstzeit von dem Tage der definitiven Anstellungsfähigkeit an gerechnet werden möge.

— Bei dem Aufschwung des Briefverkehrs von Berlin (es gehen täglich ca. 100.000 Briefpostsendungen ein und ungefähr ebensoviel ab, während die Zahl der Stadtbriefe gegen 40.000 täglich be-

trägt) beabsichtigt das General-Postamt erweiterte Einrichtungen für den desfallsigen Verkehr zu treffen. Zu dem Ende ist der Vorsteher der Berliner Ober-Postdirektion, Ober-Postdirektor Sachse, beauftragt worden, sich nach England zu begeben und die Stadtpost-Einrichtungen von London, Manchester und Liverpool zu studiren, so wie auch über den Betrieb in den englischen ambulanten Postbüros sich zu unterrichten. Derselbe ist hente bereits dorthin abgereist.

Flatow, 6. Januar. Nach einer Zusammenstellung des Landrathaus sind im vergangenen Jahre aus dem hiesigen Kreise nicht weniger als 1438 Personen ausgewandert, und zwar 31 mit und 1407 ohne Konfess. Naturalisationsurkunden wurden 2 für 6 Personen ertheilt. Die meisten Auswanderer stellten die adeligen Ortschaften mit überwiegender polnischer Bevölkerung zu. Die Regierung zu Marienwerder hat abermals 3 katholische Geistliche von der Schulinspektion entbunden, nämlich den Pfarrer Krolowski in Waldau, Gorstki in Gr. Bützig und Batowski in Nieden; die beiden erstgenannten Pfarrer gehören dem hiesigen Kreise an. Die Aufsicht über die betreffenden Schulen ist den H. Rittergutsbesitzer und Pfeifermeister Weble in Blugovo, Bothe sen. in Zahn, Hauptmann a. D. Freiherrn Hiller von Göttingen auf Gr. Altona und dem Domänenpächter Ritter in Engelsburg übertragen worden. (Danz. Z.)

Elbing, 7. Januar. Der Magistrat hatte beschlossen, den Kaplan Laws als Lehrer der katholischen Religion an der städtischen Realsschule nicht anzustellen, weil derselbe das Dogma von der Infalibilität des Papstes lehrt. Wie die „Altpr. Ztg.“ hört, soll neuerdings das Provinzial-Schulcollegium auf Veranlassung des Ministers des Innern den Magistrat angewiesen, Herrn Laws dennoch anzustellen und ihm das Gehalt von 50 Thlr. — welches bereits abgezogen war — auszuzahlen. Angenommen ist durch eine genauere Nachfrage festgestellt worden, daß der bei weitem größere Theil der Eltern der die Realsschule besuchenden katholischen Schüler, ihre Kinder in der Lehre von der Infalibilität unterrichtet zu wissen wünscht.

Briesen, 8. Jan. Die Stadtverordneten-Ergänzungswahl, welche auf den 7. d. Mts. anberaumt war, rücktlich der bevorstehenden dritten Bürgermeisterwahl von nicht zu unterschätzender Wichtigkeit für die Stadt ist, verließ unter einer so großen Beliebung in Ruhe, wie sie bisher bei uns unerhört war, wozu allerdings eine Vorverfassung der Deutschen mit ihren Anhängern nicht unwe sentlich beigetragen haben mag. Es siegte entschieden die deutsche Partei durch die Wahl von zwei deutschen und zwei jüdischen Kandidaten; wenngleich von anderer Seite vielfach agitiert wurde und manchem der aufgestellten Kandidaten bei etwaiger Annahme der Wahl mit Entzündung der Rundschau, persönlicher Feindschaft u. s. w. noch im letzten Augenblick gedroht wurde. Als komisches Intermezzo möchten wir nicht unerwähnt lassen, daß einer der polnischen Wähler mit großer Bestimmtheit eine Frau wählte, die, wenn sie auch sonst in gewissen Kreisen eine Autorität sein mag, diesmal doch völlig ignorirt werden mußte. (Thorn. Ztg.)

Wiesbaden, 2. Januar. Der katholische Pfarrer Bach in Wiesbaden, der längere Zeit in verschiedenen Wirkungsorten Sonntags Abends Vorträge über Schulansichtsgesetz, Jesuitenaustreibung &c. gehalten hat, ist wegen Übertretung des Vereinsgesetzes bestraft worden.

Bonn, 6. Januar. Gegen die „Deutsche Reichszeitung“ ist ein neuer Brechroß eingeleitet worden, so daß gegenwärtig sieben Prozesse gegen dieses Blatt schwelen.

Bonn, 7. Januar. Die am 5. d. M. von der Bürgerschaft in Bonn beschlossene Adresse an den Kaiser lautet nach der „Bonner Ztg.“:

Allerdurchblüchtigster Kaiser, Allergnädigster Kaiser, König und Herr!

Vor einigen Tagen hat eine in Bonn veranstaltete Wanderversammlung ein französisches, von drei rheinischen Edelleuten unterzeichnetes Telegramm beschlossen und abgesandt, um Sr. Heiligkeit dem Papst für die Absolution vom 23. Dezember zu danken, worin der selbe die Regierung des Deutschen Reiches mit den schwersten Sanktionen überhäuft.

Die Unterzeichneten, Bonner Bürger aus allen Konfessionen, durch jenen Vorgang auf das Schmerzlichste in ihrem patriotischen Gefühle berührt, halten es für eine Ehrensache, ihre Treue gegen Ew. Majestät und ihre Liebe zum deutschen Vaterland öffentlich zu bekunden. Wir wissen, daß Ew. Majestät Regierung nichts fern hat, als die Verfolgung einer anerkannten Kirche, daß die neuen Gesetze keinen andern Zweck haben, als Abwehr kirchlicher Übergriffe in den gesetzlichen Wirkungskreis des Staates und in die verfassungsmäßige Religionsfreiheit der Bürger. Wir wünschen und hoffen, daß Ew. Majestät

graben, woselbst ihm König Ludwig als Epitaph die Worte: „Deutscher war kein Dichter“ hat setzen lassen. In das Grab zu Würzburg ist aber mit Walter auch der gute, edle Geist Österreichs gesunken, was übrig blieb, ist Karneval, Fasching, Ulrich v. Lichtenstein u. Co. beginnen ihre schlüpfrigen Neimchroniken und die Poesie versiecht immer mehr und mehr.

Theater und Kunst.

Berlin. Als Erfolg für den mit dem Schluß der Saison von hier scheidenden Herrn Behrens wird demnächst als Bassist Herr Niering aus Danzig auf Engagement im königl. Opernhaus gastiren und mit dem „Gaveston“ beginnen. — Im Laufe des Winters sollen im Schauspielhaus nach und nach die sämtlichen Shakespeare'schen Königss-Tragödien zur Aufführung gelangen. — Eine nach Berlin entsandte Deputation von Mitgliedern der Hannoverischen Hoftheaterkapelle, welche eine Gehaltsverhöhung anstrebt, hat eine Audienz beim Kaiser nicht erlangt. Sie ist aber von dem Generalintendanten v. Hülfen und dem Hauminister v. Schleinitz empfangen und es ist ihr Hoffnung auf Erfüllung ihrer Wünsche gemacht worden. — Im Friedrich-Wilhelms-Theater ist man eifrig mit den Proben zu Wuerst's „Faußblä“ beschäftigt. Die Oper soll am 20. d. mit Fr. Meinhardt in der Titelrolle zur Aufführung gelangen.

Darmstadt. Der Großherzog hat die Direction des großen Hoftheaters und der Hofmusik neu organisiert und zu Mitgliedern derselben ernannt: 1) den Provinzial-Direktor, Geheimrat Dr. Goldmann als Vorsitzenden; 2) den Oberrechnungsrath Hess; 3) den artistischen Direktor des Hoftheaters und der Hofmusik, Hofrat Dr. Werther; 4) den Gemeinderath, Kaufmann Hicker und 5) den Oberstaatssekretär Jost.

München. Im Münchener Residenztheater ging am Neujahrsstage ein neues Lustspiel von A. Wilbrandt: „Der Kampf ums Dasein“ in Scene. Das Stück entsprach nicht den Erwartungen, die das Publikum an ein Wilbrandt'sches Stück zu machen berechtigt zu sein glaubte. Man tat eine gewisse Ähnlichkeit mit den Mendelssohn'schen Burgen und man vernichtete den witzreichen Dialog und das interessante der Handlung, was die andern Stücke des Autors zu so rätseliger Beliebtheit gebracht hat. Das Lustspiel hat in der trefflichen Darstellung, die es in München gefunden hat, allerdings keine unfreundliche Aufnahme gefunden, um so mehr, als es technisch recht geschickt gearbeitet ist. — Von den Darstellern röhmt man vorallesweise Herrn Possart.

Meiningen. Ein Gesamt-Gastspiel der Herzoglich Coburg-gothaischen Hof-Oper war für die kleine Residenz ein seltenes Ereignis. Seit vielen Jahren müssen die meiningenischen Theaterbesucher die Oper entbehren, da der festregierende Herzog bekanntlich ausschließlich dem Schauspiel seine Proletto zu wenden. — Figaro's Hochzeit sollte die Erinnerung an frühere Zeiten wieder wachrufen. Die Preise waren bei aufgehobenem Abonnement auf's Doppelte erhöht, trotzdem aber konnte die Einnahme das Gastspiel nicht bezahlt machen und mußte der Herzog aus seiner Privatkasse noch 300 Gulden zulegen. Den Mitgliedern der hiesigen Hofküche wurde am Abend der Vorstellung auf Befehl des Hofmarschalls der freie Eintritt durch die Billetteure verweigert, was zu mancherlei ernsten Veranlassung gab.

Negierung fortfahren werde, Alles zu diesem Zwecke Erforderliche mit ruhiger Kraft vorzuführen.

Ehrfürchtvol bitten wir Ew. Majestät, die Versicherung unserer unerschütterlichen und patriotischen Anhänglichkeit mit gewohnter Huld entgegen zu nehmen.

Bonn. 7. Januar. Ein Extrablatt der „Deutschen Reichszeitung“ bringt den Wortlaut einer Gegenadresse an den Kaiser, welche von einer Versammlung der ultramontanen Partei in Bonn am 6. Abends beschlossen ist. Sie lautet:

Allerdurchlauchtigster, Großmächtiger Kaiser!

Allergnädigster Kaiser, König und Herr!

Unterm 29. Dezember v. J. haben wir unserem heiligen Vater Papst Pius IX. telegraphisch unsere tiefe Ehrfurcht und Dankbarkeit in Anlaß der Aktion vom 23. Dezember ausgesprochen. Hiesige „Bürger aus allen Konfessionen“ sind dagegen aufgetreten und haben unsere patriotische Gesinnung zu verdächtigen, unsere Loyalität als Euer Majestät Unterthanen und als deutsche Reichsbürger in Zweifel zu stellen ver sucht.

Gegen solche Insinuation nachdrücklichsten Protest erhebend, fühlt die unterzeichnete katholische Bürgerschaft Bonns sich gedrungen, gleich wie sie dem heiligen Vater die wärmsten Gefühle ihrer Ergebenheit und Pietät kundgegeben hat, so auch Euer Majestät die Sicherung unveränderbarer Treue, gewissenhaften Gehorsams nach der Lehre der katholischen Kirche, und der aufrichtigen Anhänglichkeit auszudrücken.

Euer Majestät bitten wir unterthänigst, Allerhöchst Ihre landesväterliche Huld und Gnade unserer Stadt und Bürgerschaft auch ferner allergnädigst zuwenden und bewahren, Verdächtigungen aber gegen unsere Vaterlandsleute, von welcher Seite sie auch kommen mögen, keinen Glauben schenken zu wollen.

Bonn, 5. Januar 1873.

Euer Majestät
Allerunterthänigste treugehorsame
katholische Bürgerschaft Bonns.

Mainz, 4. Januar. In den heute Vormittag auf dem Gemeindehaus stattgehabten gemeinschaftlichen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Festung und der Stadt und den Besitzern der in die neu errichtete Festungswälle fallenden Grundstücke der städtischen, sowie der nächsten Dorfsgemarkungen einigten sich — dem „Fr. J.“ zufolge — die Bevölkerung, daß für das Gelände, auf welchem die neuen Werke und Glacis errichtet werden sollen, ein Preis von 1500—2000 fl. für den hessischen Morgen (2¹/₂ — 3 Lcr. pr. Q.-Fuß) geahmt werde. Für das innerhalb der neuen Linie liegende Land gegen wurde, wenn ein Besitzer auf eine Theilung seines Bodens nicht eingehen will, der jeweilige höhere Handelspreis (gegenwärtig 1 fl. pr. Q.-Fuß) festgesetzt. Die Durchführung der Stadterweiterung ist also nun mehr gesichert. Bereits ist die Eröffnung einer zweiten Verbindung der Altstadt mit dem Gartenfeld durch die Wälle der Gartenfronte in Angriff genommen.

Bremen, 4. Januar. Aus dem letzten Jahresbericht der Sanitätsbehörde in Bremen entnehmen wir folgendes: Die dortige Sanitätsbehörde hat in Gemäßigkeit des Beschlusses von Senat und Bürgerschaft Hrn. Stadtbaurath Hobrecht zu Berlin mit der Ausarbeitung eines Kanalisationsplanes beauftragt. Vorher haben die bremer Behörden zwei Sachkundige nach Amsterdam geschickt, um dort den mit dem sog. Vierur'schen pneumatischen System angestellten Versuchen bei zuwohnen. Nach näherer Prüfung haben die Sachverständigen die Erklärung abgegeben, daß dieses System für Bremen nicht anwendbar sei. (Es ist dies dasselbe System, welches Dr. Eich in Köln bekanntlich den Berlinern so dringend empfohlen.)

Leipzig, 4. Januar. Die leipziger Blätter feiern in entsprechenden Artikeln den hundertjährigen Geburtstag des Professors Fr. Chr. Aug. Hassé, welcher 15 Jahre lang Chefredakteur der „Leipziger Zeitung“ war und sich namentlich auch um das Brockhaus'sche Konversationslexikon große Verdienste erworben hat.

München, 7. Januar. Zur Charakterisierung der Lage wird dem „Frankfurter Journal“ aus München geschrieben: „Es ist aufgefallen, daß am Neujahrstage keiner der Minister mit einem der vielen Orden ausgezeichnet worden ist, welche an diesem Tage vertheilt wurden. An plausiblen Entschuldigungen dieser Thatsache wird es zwar nicht fehlen, und doch hat sie einzig in dem noch immer etwas gereizten Verhältniß, das zwischen dem König und den Ministern besteht, ihren Grund.“ — Bekanntlich hat der passauer Bischof ein Blatt gegründet, um die Agitationen der katholischen Volksvereine zu be-

Herzog Ernst von Coburg-Gotha wohnte als Gast der Vorstellung bei. Nach dem Theater lud der Herzog von Meiningen seinen Gast wie alle bei der Oper Beschäftigten zu einem Souper, welches im Theaterselbst angeordnet war. Wie durch einen Zufall war die Coburgische Hofschauspielerin Fr. Gräbner nach Meiningen gekommen, um dem Triumph ihrer Kollegen beizuwohnen.

Wien. Wiener Zeitungen enthalten die Nachricht, daß auf einem Platz im Stadterweiterungs-Rayon Grillparzer ein Monument errichtet werden soll. Der betreffende Platz wird den Namen „Grillparzer-Platz“ führen. Die im Stadttheater stattgefundenen Vorstellungen von „Des Meeres und der Liebe Wellen“ ergaben ein Ertragsstück von über 3000 fl. zu Gunsten des genannten Zweckes. — In einem Artikel der Wiener „Deutschen Zeitung“ über Shakespeare weiß der Herr Verfasser von einem leider unvollständig hinterbliebenen Werk des Dramaturgen J. Klein zu erzählen. Herr J. Klein erfreut sich indes ziemlichen Wohlseins und denkt nicht daran, sein großes dramaturgisches Werk unvollendet zu hinterlassen. — Herr Franz Tewele vom Stadttheater hat sich mit Fr. Gallmeyer verlobt und dieses interessante Faktum in folgender Zuschrift an die „N. F. P.“ bestätigt: Fr. Redakteur! Um die in mehreren Journals aufgetauchten Nachrichten über meine sozialen und künstlerischen Stellung auf das richtige Maß zurückzuführen, erkläre ich hiermit, daß meine, jeder Reklame ausweichende, nur im Stillen am Sylvesteraabende des vergangenen Jahres stattgefundenen Verlobung mit Fräulein Josephine Gallmeyer ihre volle Richtigkeit hat; da gegen erkläre ich auf das Bestimmteste, daß durch unser baldiges glückliches Ehebündnis unsere beiderseitige künstlerische Situation nicht im mindesten alterirt wird, daß weder meine Braut ihren vortheilhaftesten Kontakt mit dem Strampfer-Theater zu lösen gedient, noch daß es mir in den Sinn kommt, meine Stellung am Wiener Stadttheater, mit dem ich neuerdings eine Kontraktsverlängerung einginge, zu verlassen. Hochachtungsvoll Franz Tewele. Wien, 3. Januar 1873. — Dem Künstler zu seiner „jeder Reklame ausweichenden Verlobung“ und zu seinem „halbdigen glücklichen Ehebündnis“ unsere herzlichste Gratulation. — Das Wiener Karl-Theater gibt jetzt in derselben Bearbeitung, in der sie das hiesige Wallner-Theater gegeben, die Posse „Tricote und Cacolet.“ Bereits vor langerer Zeit, gelegentlich der Anwesenheit einer französischen Gesellschaft, hat man das Stück, damals im Theater an der Wien in französischer Sprache gegeben. Wer die Posse gelesen, wird sich der Worte der Empfehlungskarte, die Tricote und Cacolet zum Schluß an das Publikum vertheilen, erinnern: „Überwachung von Ehefrauen vor — während und — nach der respektiven Beranlassung“, die mit einem der Geschäftszweige des ehrenwerten Paars bildet. Mit einer hübschen Wendung bemerkt nun der Berichterstatter der „N. F. P.“, daß das Publikum die Darsteller mit Beifall überflutete „vor — während und — nach respektiven Beranlassung.“

Graz. Hier werden die umfassendsten Vorlehrungen getroffen, um Richard Wagner, der Ende des nächsten Monats hierherkommt und ein Konzert des gräser Musikerbundes dirigiert, zu empfangen. Allerlei Feiern, darunter ein Ballfest, werden während seines Aufenthaltes in Szene gehen, und schon jetzt haben sich Komites gebildet, welche die Leitung des Unternehmens in die Hand nehmen. Etwa 100 Musiker aus Fach- und Dilettantekreisen werden sich an dem Konzerte beteiligen, dessen Ertrag dem bayreuther Wagner-Theater gewidmet wird.

kämpfen. Die Heilsporne der Ultramontanen, die Landtagsabgeordneten Pfarrer Mahr in Ebermannstadt und Pfarrer Pfahl in Deggendorf benutzen nun jede Gelegenheit, um das bischöfliche Organ anzugreifen. Namentlich Pfarrer Mahr hat der Redaktion des bischöflichen Blattes manche derbe Epistel gewidmet; auch am Neujahrstage überreichte er ihr ein kleines Gedenkzeichen, worüber sich das genannte Blatt, wie folgt, ausläßt:

„Ein Blatt des eingegangenen „Volksboten“ war es, daß uns Herr Pfarrer Mahr zugeschickt — zugeschickt unter Kreuzband, mit einer Adresse, die an Niederräufigkeit alles Dagewesene übersteigt. So kann nur ein herzloser Schurke und ein Schuft schreiben, und hat Mahr geschrieben, so ist Mahr der Schuft. Mahr ist aber ein Pfarrer. In dieser Kreuzband-Adresse ist nicht nur die Redaktion unseres Blattes, sondern sogar der Hochwürdigste Hr. Bischof von Passau auf eine so infame miserable Weise angegriffen, wie es noch nie vorgekommen. . . . Mahr und Pfahl sind unglaubliche Priester. Ihre zügellosen Gemeinden verdienen die schärfsten Waffen. Wir werden sie zu üben wissen. Einstweilen schärfen wir sie. Dann, ihr Revolutions-Agitatoren, geht's los, — aber tüchtig!“

Wenn wir den Mitteilungen bairischer Blätter glauben dürfen, hatten die Bezirksamter Weisung erhalten, die katholischen Volksvereine scharf zu beobachten, außerdem waren genannte Amtsräte beauftragt worden, über die Gesinnung und Haltung der katholischen Geistlichen dem deutschen Reiche gegenüber Bericht zu erstatten.

München, 7. Januar. Einem Privatholzbrief eines bairischen Abgeordneten des deutschen Reichstages entnahm die „Volks-Ztg.“ den Vorabzug, am 20. Januar, als dem Geburtstage des deutschen Reiches, in ganz Deutschland eine Monstre-Demonstration gegenüber der jüngsten päpstlichen Überhebung durch Veranstaltung von Banketten und Volksversammlungen zu machen.

Nürnberg, 7. Januar. Gegen den Abgeordneten Pfarrer Mahr zu Ebermannstadt und den Kaplan Körber zu Bamberg ist auf Grund des Kanzel-Strafparagraphen Untersuchung eingeleitet. (Fr. J.)

Aus Deutsch-Pothingen wird dem „Nied. Kur.“ geschrieben: Man erinnert sich wohl noch des (katholischen) Dorfpfarrers, der vorige Ostern die erste Abendmahlfeier der Kinder damit beschloß, daß er Eltern und Geschwister von Schülern des saarburger Kollegiums der kirchlichen Gnadenmittel verlustig erklärte. Es ist zu vermuten, daß nächste Ostern die Feierlichkeit sich wiederholen wird. Denn nicht alle Eltern haben gehorcht, und daß der Seelsorger auf seinem Sinne beharrt, zeigte ein Besuch, den er neulich bei einem zum Tode erkrankten Vater machte, welcher seinen Sohn auf erwähnter Anstalt belassen. Der Vater — er starb bald darauf — gab dem Drängen des Pfarrers nicht nach und der Knabe besuchte nach wie vor die höhere Schule. Interessant ist dabei das nationale Verhältniß, worin der Geistliche zu seinen Pfarrkindern steht. Letztere sind faktisch, sowie der Sprache und dem Namen nach deutsch, Ersterer hat für Frankreich optirt. Daß er, wie alle seine Amtsbrüder hier zu Lande, überdies unter einem französischen Generalkonsulat steht, ist bekannt.

ÖSTERREICH.

Wien, 6. Jan. Die Regierung will zur Zeit keine Veranlassung finden, in die durch die Enthüllungen des Herzogs von Gramont angeregte Debatte irgendwie einzugreifen, womit allerdings nicht ausgeschlossen ist, daß sie nicht in einem anderen Stadium der Angelegenheit, und wenn etwa jene Enthüllungen größere Dimensionen annehmen sollten, aus ihrer Reserve herauszutreten sich entschließen könnte. Graf Beust aber hat vollständig freie Hand, je nach seinem Ermessen zu sprechen oder nicht; weder der Kaiser noch Graf Andrássy hindern ihn.

Wien, 7. Januar. In polnischen Kreisen wird der Widerstand gegen die Wahlreform allgemach gemäßigter. Die galizischen Blätter registriren zwar alle Petitionen, welche im Lande in Nachahmung des semperberger Gemeinderates, gegen die Reform beschlossen werden, enthalten sich aber selbst in der Hauptfache jeder pro-ve-

renden Polemik. Um indeß nicht ganz ihr Misvergnügen feiern zu lassen, suchen sie die Emigrantenfrage hervor, welche sie, ähnlich vereinzelter Ausweisungsfälle, in gewohntem Tone ventiliren. Soviel man erfährt, sind Alles in Allem bisher zwei Petitionen gegen die Wahlreform zu Stande gebracht, während die Petitionen aus Galizien zu Gunsten der Wahlreform nach Hunderten zählen.

Frankreich.

Paris, 6. Januar. Hr. Jules Simon, der Minister des öffentlichen Unterrichts, erließ im vorigen Jahre ein Rundschreiben in allen Lyceen von Frankreich. Das Rundschreiben des Ministers war ein vollständiges Programm. Bei seinem Erscheinen machte die französische Presse vielen Lärm und es schien, daß alle jungen Böblinge der Lyceen im Umkreis gesetzte Taktiken werden würden. Einige Direktoren von pariser Lyceen haben Hrn. Jules Simon zu Gefallen die militärischen Übungen angefangen. Inzwischen waren solche Übungen schon vorher in einigen Erziehungsanstalten eingeführt; so wurden z. B. im College Chaptal und in dem Institute der Dominikaner die Böblinge in der Handhabung des Gewehres und im Pelotonieren geübt, lange vor dem ministeriellen Erlass des Herrn Simon. Die Lyceen, welche sich dem Programme des Ministers gefügt haben, sind jedoch nur in der Minderzahl. Zu Versailles z. B. wurden die militärischen Übungen für die oberen Klassen schon nach einigen Wochen wieder aufgegeben, und für die unteren Klassen haben sie niemals begonnen. Wenn man nicht an jedem Lyceum Unteroffiziere als Instruktoren ansieht, so wird die ministerielle Verfügung bald vergessen sein. Der Kriegsminister kümmert sich nicht um diese Frage; er hatte ohnehin es nicht mit günstigem Auge angesehen, daß sein Kollege vom Unterrichts-Departement in sein Fach übergriff und sein Lehrpersonal zu Offizieren umbilden wollte. Die Böblinge, welche ohnehin wenig freie Zeit zur Erholung haben, werden auch nicht zu eifrig sein, und so wird das famose militärische Programm des Hrn. Jules Simon schließlich ins Wasser fallen.

Die „République française“ bringt einen Bericht über die Neujahrsfeier der czechischen Kolonie in Paris, welche alljährlich im Palais royal stattfinden pflegt. Es waren, so schreibt die „République française“ alle slavischen Nationalitäten, zumal die Russen, vertreten. Auch einige Polen waren anwesend, darunter der Erkannte Nitoszewski, eines der fünf Mitglieder der provisorischen Regierung von 1863. Der Präsident des Klubs, Hr. Hule, eröffnete das Fest mit einer Huldigung für Frankreich. Ein Mitglied hielt hierauf eine Rede, worin es die letzten Unglücksfälle Frankreichs mit denen der slavischen Race vergleicht; er ermahnte seine Landsleute, sich zu unterrichten, denn nur durch die Intelligenz könne man sich der Krupp'schen Kanonen erwehren, die auf die slavische und lateinische Welt gerichtet seien, und nur durch Einheit könne man die Gefahren beschwören, welche die Slaven von Sibirien bis zu den Alpen bedrohen. Beim Festmahl wurden zahlreiche Toasts ausgebracht, unter andern von Herrn Nitoszewski auf die Wiedervereinigung der Russen und Polen, worauf ein Russe in gleichem Sinne antwortete.

Der Geheime Hofrat Gasperini, seit 24 Jahren in der preußischen resp. deutschen Botschaft zu Paris als Kanzler thätig, ist in gleicher Eigenschaft an die kaiserliche Botschaft zu Wien versetzt worden. In der deutschen Kolonie von Paris wird es wohl wenige Personen geben, die nicht einmal mit dem trefflichen Botschaftskanzler in Verührung gekommen wäre und dann die Zuverlässigkeit des in allen pariser Verhältnissen wohlbewanderten Mannes zu rühmen gehabt hätten. An seiner Stelle tritt nun der Hofrat Hr. Taglioni, bei dem hiesigen Deutschen nicht minder beliebt, als sein Vorgänger, an die Spitze der kaiserl. Botschaftskanzlei. (Herr T. ist ein Sohn des Direktors des königl. Ballets.)

Paris, 7. Januar. Die „Gazette des Tribunals“ bestätigt, daß in der Provinz, namentlich in Toulouse und Avignon, gemäß dem Gesetz über die Internationale Verhaftungen vorgenommen wurden, und sagt hinzu, daß auch in Paris unter gleichem Verdachte Verhaftungen erfolgten und die Untersuchung im Gange sei; bei mehreren Verhafteten seien Orsinibomben gefunden worden.

Fortsetzung in der Beilage.

Redaktions-Ausschuß, welcher die Angelegenheiten des wöchentlich ein Mal erscheinenden Genossenschafts-Blattes zu besorgen hat. Nur die Amtsräte des Verwaltungs-Direktors, des kauftäglichkeitlichen Rendanten, des Redakteurs, und einiger Bureauangehilfen sind Besoldete, alle übrigen aber Ehrenamtler ohne Entgelt.

In allen Städten nun, welche Bühnen befügen, an welchen Genossenschaftsmitglieder wirken, führen vom Orts-Verbande selbstgewählte Lokal-Ausschüsse, welche aus 3 resp. 5 Mitgliedern bestehen, die Geschäfte, und bilden gemeinsamen die vermittelnden Zwischen-Institutionen zwischen den Mitgliedern und dem Zentral-Ausschuß in Berlin. Diese Lokal-Ausschüsse haben die monatlichen Zahlungen der Mitglieder zur Übermittlung an die Generalkasse in Berlin einzuziehen, die außerordentlichen Einnahmen von Benefizien, Konzerten u. s. w. zu überwachen, und Alles ordnungsmäßig zu buchen. In jedem Jahre findet statutenmäßig eine Delegierten-Versammlung statt, zu welcher je 50 Mitglieder eines Lokal-Verbandes einen Delegierten wählen. Die Delegierten-Versammlung ist in allen Genossenschafts-Angelegenheiten die höchste Instanz.

Dies sind im großen Ganzen die Grundzüge der Organisation dieser Genossenschaft, welche über ganz Deutschland verweigt ist, und an allen deutschen Bühnen im Auslande Mitglieder zählt. Seltens ist wohl ein Unternehmen in allen befreiten Kreisen mit ungeliebterem Wohlwollen und größerer Opferfreudigkeit begrüßt worden, und freut es uns berichten zu können, daß das Vermögen der Genossenschaft in Jahresfrist bereits auf über 40,000 Thlr. angewachsen ist, wozu neuerdings noch eine Schenkung von 16,000 Thlr. kommt, welche Summe als Reisewerantheit von der eingegangenen „Perseverantia“ durch den Herzog von Coburg-Gotha, welchem die Disposition über diesen Fonds oblag, der Genossenschaft überwiesen wurde. Dant dem hohen Gönnern.

Wenn man nun den jegigen Mitgliederbestand, der übrigens noch in stetem Wachsen ist, zu Grunde legt, so beträgt nach einer approximativen Berechnung nach Ablauf der 10jährigen Sammelperiode das Vermögen der Genossenschaft über eine Million. Die Zinsen dieses Grundstückes, welcher in pupillär sicherem Papieren bei der königl. Hauptbank afferiert wird, und die laufenden jährlichen Beiträge der Mitglieder, zusammen ca. 80,000 bis 90,000 Thlr. jährlich, müssen so dann als Pensionen zur Vertheilung kommen.

Diese einfache Darlegung wird genügen, um dem sich dafür interessirenden einen Einblick in die Verhältnisse der Genossenschaft zu gestatten, und die Bebauung bestätigen, daß in wenigen Fällen ein Unternehmen auf soliderer Basis durch Selbsthilfe aufgebaut wurde, und daß eben so selten das sibyllinische „viribus unitis“ in friedlichem Sinne einem segensreichen Unternehmen als Motto gedient hat, einem Unternehmen, welches einerseits dem Bühnenangehörigen, einen sorgenfreien Blick in die Zukunft gewährt, andererseits die moderne Gesellschaft von einem Proletariat befreit, wie es kaum in anderen Städten hilfloser auftritt. — dem Bühnen-Proletarist.

C. W. (Danz. Bdg.)

Die Genossenschaft deutscher Bühnen-Angehöriger.
Schon oft ist in öffentlichen Blättern dieser Genossenschaft Erwähnung gethan, ohne daß über das Wesen und die Tendenzen derselben etwas Näheres bekannt geworden wäre, und wird es daher für die Freunde der Kunst und ihrer Vertreter nicht ohne Interesse sein, über Organisation und Zweck dieser Gesellschaft näher unterrichtet zu werden.
Wie überhaupt in unserem praktischen Zeitalter sich das Verhältniß zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer, um uns eines industriellen Ausdrucks zu bedienen, immer mehr geklärt hat, so ist dieser, die Gesellschaft zerstreuende Prozeß, denn auch in den Kreisen der Kunst nicht ohne Einfluß geblieben und hat zu einer Koalition der dramatischen Künstler einerseits, wie zu einem Bunde der Bühnenvereine andererseits geführt, jedoch diesmal nicht destruktive Tendenzen, sondern von beiden Seiten die humanen Ziele verfolgend.

„Hilf dir selbst, und dir ist geholfen“ ist die Devise beider Theile geworden, welche in lobenswertem Einvernehmen sich die Hebung der künstlerischen, wie auch der materiellen Interessen zur Aufgabe gemacht haben. Aehnliche Vereine hatten sich bereits früher gebildet, waren aber stets nach kurzer Zeit theils wegen ihrer Bielfölpigkeit, wohl auch aus Ursachen, welche in der unpraktischen Organisation derselben lagen, zu Grunde gegangen.

Endlich entstand nun, bei den Bedürfnissen der Zeit entsprechend, unter Leitung von praktischen Männern, welche die durch das Scheitern früherer Gesellschaften aufgedeckten Klippen geziert zu umgehen wußten, die jetzige „Genossenschaft deutscher Bühnen-Angehöriger“, welche nach numehr einsjährigem Bestehen bereits eine Zahl von 5000 Mitgliedern aufzuweisen hat, und welcher der warme Odem der Lebensfähigkeit nicht mehr abzusprechen ist.

In dem am 17., 18. und 19. Dezbr. 1872 in Leipzig abgehaltenen Delegaten-Kongress sind nunmehr die seit einem Jahre bestehenden provisorischen Statuten revidirt, erweitert, und mit mehreren, vom königl. Polizei-Präsidium zu Berlin vorgeschriebenen Normal-Paragraphen versehen worden, welche der Genossenschaft die staatliche Genehmigung und die Erteilung der Korporationsrechte zu sichern.

Der Hauptfache nach zerfällt dieses Statut in zwei Theile: in ein allgemeines Genossenschafts- und in ein Pensions-Statut. Das Pensions-Statut bestimmt von vornherein eine Sammelperiode von 10 Jahren, in welchem durch Eintrittsgelder, durch Beiträge der in vier Pensions-Kategorien getheilten Mitglieder, durch außerordentliche Einnahmen, Benefizien, Konzerte u. s. w. ein Grundstock gebildet wird, welcher nach Ablauf dieser Zeit nicht vergrößert werden darf. Die Pensionen sind, wie eben erwähnt, in vier Klassen normirt. 6 Thlr. jährliche Beitragszahlung bringen eine jährliche Pension von 12

Tagesübersicht.

Posen, 9. Januar.

Der „Staatsanzeiger“ und der Minister Graf Eulenburg haben sich am Dienstag über den Ministerwechsel und die offiziösen Erklärungen ausgelassen, heut kommt nun noch einmal die „Provinzial-Korrespondenz“, um uns zu sagen, daß Alles beim Alten bleibt wird, aber trotzdem behauptet die Tagespresse einen Widerspruch in der Ernennung des Grafen Noon zum Ministerpräsidenten mit dem königlichen Erlass vom 21. Dezember, nach welchem der Vorsitz im Ministerium an den ältesten Staatsminister übergehen sollte. Jene Ernennung enthielt, meint die „Nat. Z.“, doch immer eine neue Wendung. Nur zufällig war der neu ernannte Ministerpräsident ältester Staatsminister, und er wurde aus Rücksichten, die seiner Person und nicht seinem Dienstalter galten, mit dem wirklichen Präsidium betraut. Und das war eine neue, nicht erwartete und daher überraschende Wendung, von der jetzt freilich gesagt wird, sie sei schon am 21. in Aussicht genommen worden. Ob der „Staatsanzeiger“ im Stande ist, für letzteres einzustehen, und wirklich den Grund kennt, aus welchem die Ernennung vom Könige aufgeschoben wurde, das muß dahingestellt bleiben, und gleich der „Prov.-Korr.“ ist auch er der Macht des Irrthums unterworfen. Er versichert außerdem, daß die Ernennung den Wünschen des Herrn Reichskanzlers durchaus entsprochen habe, — worüber sich natürlich keine öffentliche Erörterung führen läßt. Das Land kennt die neue Besetzung des Präsidiums nur aus einer Bekanntmachung in den laufenden Ernennungs- und Beförderungsanzeigen, welcher Bekanntmachung ein königliches Handschreiben an den „Ministerpräsidenten“ Grafen Noon, betreffend die Verleihung der Feldmarschallswürde, bereits vorangegangen war. Von einem Minister war dieses Handschreiben nicht mit unterzeichnet, und so ist die Besetzung des Präsidiums überhaupt von Statthen gegangen, ohne daß ein Minister seine Unterschrift dazu gegeben hat. Wenn man in solchen Sachen die strengeren und nothwendigen Formen anderer Länder auch in Preußen beobachten wollte, so würde das schon viel dazu beitragen, für die Daseinlichkeit den Hergang bei Ministerwechseln in das wünschenswerthe klare Licht zu stellen.

Neuerdings ist die Frage des Fortbestandes der preußischen Gesandtschaften bei den deutschen Einzelstaaten wieder in Auseinandersetzung gebracht worden. Es ist begreiflich, daß von Reichswegen eine Vertretung bei den Einzelstaaten durchaus wünschenswerth, ja sogar unentbehrlich ist. Allein die betreffenden Vertretungen können auf die Dauer nicht den Charakter diplomatischer und internationaler Posten und insofern auch nicht den Namen von Gesandtschaften behalten, werden vielmehr über kurz oder lang ihrem wirklichen Wesen entsprechend in Reichsämter umzuwandeln sein! Die Mittelstaaten hätten alsdann auch keinen Anlaß mehr, ihrerseits Spezialgesandtschaften im In- und Auslande zu unterhalten.

Die kirchliche Reformbewegung scheint jetzt in der Schweiz ganz besonders in Fluss kommen zu wollen. Der Alt-katholizismus macht dort rasche Fortschritte und zu dem Genfer und Baseler ist nun auch ein St. Galler Bischofskonflikt hinzugekommen. Das katholische Volk spricht sich dort mit großer Majorität gegen das Unfehlbarkeitsdogma aus, welches die Bischöfe vertreten.

Berichte aus Frankreich bringen die interessante Novität, daß Herr Thiers sich der Dreißiger-Kommision gegenüber verpflichtet hat, in der Nationalversammlung nicht mehr zu sprechen. Wir glauben, daß damit Frankreich kein Schaden zugefügt und daß Thiers um so mehr bedeuten oder zu sagen haben wird, je weniger er spricht! Eine nicht geringe Selbstüberwindung mag für ihn nötig gewesen, um diese Kommision zu machen. Allein bekanntlich muß man vor Aalem sich selbst beherrschen können, wenn man ein Land beherrschen will! Die Nachgiebigkeit Thiers' in diesem Punkte war jedenfalls eine Kluge, wie die Folge bald lehren dürfte!

Die französische Nationalversammlung ist am 6. d. M. wieder zusammengetreten und verließen ihre ersten Sitzungen „ohne bemerkenswerte Zwischenfälle“ wie sich lakonisch eine pariser Depesche ausdrückte. Am Tage der Eröffnung waren jedoch noch zu große Lücken in der Versammlung, als daß sie sich an die Berathung wichtigerer Gegenstände hätte machen können und dieses mag der Hauptgrund der ungewöhnlich verhältnißlichen Stimmung der Versammlung gewesen sein.

Die Nachrichten über die Mission des Hrn. v. Corcelles werden immer widersprechender. Während die Einen ihn bereits vorgestern in Paris angelommen sein ließen, meldete gestern die „Agence Havas“, daß er noch gar nicht verlassen hat, daß eine lebhafte telegraphische Korrespondenz zwischen ihm und der französischen Regierung ausgebrochen ist und daß man noch nicht bestimmt weiß, ob er den Posten annehmen wird. Außerdem meldet das der Regierung bekanntlich nicht fernstehende Organ, daß die Nachrichten der „Opione“ über die Erklärungen, welche er im Vatikan abzugeben beauftragt sei, in Versailles als ziemlich wahrscheinlich betrachtet werden. Nach dem genannten italienischen Blatte hätte Hr. v. Corcelles dem Papste offen die Feindseligkeit der französischen Ultramontanen gegen die Thiers'sche Regierung darzulegen und ihr auseinanderzusetzen, daß bei aller Achtung vor der Autorität und der Unabhängigkeit des Papstes Frankreich doch auf die Erhaltung guter Beziehungen zu Italien bedacht sein und eine Wiederherstellung der weltlichen Macht des Papstes unmöglich halten müsse. Das „Univers“ glaubt im Widerspruch mit der „Agence Havas“, daß Herr v. Corcelles die ihm von der „Opione“ untergelegte Sprache, welche höchstens im Munde des Gesandten beim Könige Viktor Emanuel wahrscheinlich sein würde, nicht geführt habe. Worauf aber das klerikale Organ diesen „Glauben“ stützt, ist nicht zu erkennen.

Für das auf dieser Seite folgende übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keine Verantwortlichkeit.

Allen Kranken Kraft und Gesundheit ohne Medicin und ohne Kosten.

„Revalescière Du Barry von London.“

Bei allen Krankheiten bewährt sich ohne Medicin und ohne Kosten die delicate Gesundheitspeise Revalescière du Barry von London, die bei Erwachsenen und Kindern ihre Kosten 50fach in anderen Mitteln und Speisen erpaßt.

Auszug aus 75,000 Genesungen an Magen-, Nerven-, Unterleib-, Brust-, Lungen-, Hals-, Stimme-, Altem-, Drüsen-, Nieren- und Blasenleiden — wovon auf Verlangen Copien gratis und franco gesendet werden:

Certificat Nr. 64.210.

Neapel, 17. April 1862.

Mein Herr! In Folge einer Leberkrankheit war ich seit sieben Jahren in einem furchtbaren Zustande von Abmagerung und Leid aller Art. Ich war außer Stande zu lesen oder zu schreiben; hatte ein Zittern aller Nerven im ganzen Körper, schlechte Verdauung, fortwährende Schlaflosigkeit und war in einer steten Nervenaufregung, die mich hin- und hertrieb und mir keinen Augenblick der Ruhe ließ, dabei im höchsten Grade melancholisch. Viele Aerzte hatten ihre Kunst erschöpft, ohne Linderung meiner Leiden. In völliger Verzweiflung habe ich Ihre Revalescière versucht und jetzt, nachdem ich drei Monate davon gelebt, sage ich dem lieben Gott Dank. Die Revalescière verdient das höchste Lob, sie hat mir die Gesundheit völlig hergestellt und mich in den Stand geetzt, meine gesellschaftliche Stellung wieder einzunehmen. Mit innigster Dankbarkeit und vollkommener Hochachtung.

Marquise de Bréhan.

Nahrhafter als Fleisch, erhart die Revalescière bei Erwachsenen und Kindern 50 Mal ihren Wert in Arzneien.

In Blechbüchsen von $\frac{1}{2}$ Pfund 18 Sgr., 1 Pfund 1 Thlr. 5 Sgr., 2 Pfund 1 Thlr. 27 Sgr., 5 Pfund 4 Thlr. 20 Sgr., 12 Pfund 9 Thlr. 15 Sgr., 24 Pfund 18 Thlr. — Revalescière chocolatée in Pulver und Tabletten für 12 Tassen 18 Sgr., 24 Tassen 1 Thlr. 5 Sgr., 48 Tassen 1 Thlr. 27 Sgr. Revalescière-Biskuiten in Büchsen à 1 Thlr. 5 Sgr. und 1 Thlr. 27 Sgr. — Zu beziehen durch Barry & Co. in Berlin, 178 Friedrichstraße; in Posen: Nothe Apotheker A. Pfuhl, Krug & Fabriken, F. Bromm, Jacob Schleisinger Söhne in Polnisch-Lissa bei S. A. Scholz, in Bromberg bei S. Hirschberg, Firma: Jul. Schottländer, in Graudenz bei F. Engel, Apotheker, in Breslau bei S. G. Schwarz, und in allen Städten bei guten Apothekern, Droguen-, Spezerei- und Delikatessehändlern.

Heilung des Hustens durch Malz-Extrafts.

An den Kgl. Hoflieferanten Hrn. Johann Hoff in Berlin. Berlin, 10. Mai 1872. Ihr Malzextraft wirkt so heilsam auf den Husten meiner Frau, daß sich derselbe schon zu verlieren beginnt. E. Kühne, Instrumentenmacher, Ritterstraße 97.

Verkaufsstellen in Posen: General-Depot und Haupt-Niederlage bei Gebr. Flessner, Markt 91; Frenzel & Co., Breslauerstraße 38 und Wilhelmstraße 6; in Neutompoli Herr A. Hoffbauer; in Deutschen Herr H. Mansard; A. Jaeger, Konditor in Grätz; in Schrimm die Herren Cassriel & Co.; in Schröda Herr Fischel Baum; in Wongrowitz Herr Herrm. Ziegel; in Wleschen: L. Zboralski.

Vesta,

Lebens-Versicherungs-Bank auf Gegenseitigkeit in Posen.

Wir bringen hiermit zur öffentlichen Kenntniß, daß der Schluss-Termin zur Rest-Einzahlung auf die Zeichnung zum Gründungs-Fonds der „Vesta“ auf Freitag den 24. Januar 1873, Mittags 12 Uhr festgesetzt ist.

Alle diejenigen also, welche sich durch Subscription am Gründungs-Fonds der „Vesta“ beteiligt und noch nicht die baar einzuzahlenden 25 pCt. sowie die Sola-Wechsel in Höhe von 75 pCt. des subscribiren Antheils-Betrages voll hinterlegt haben, werden hierdurch aufgefordert, die Restzahlung bis zum obigen Termine im Bureau der „Vesta“, Berlinerstraße 31, zu erlegen.

Es wird hierbei in Erinnerung gebracht, daß nach § 43 des „Vesta“-Statuts und § 3 der Subscriptions-Bedingungen die bereits angezahlten Beträge verfallen, falls die Restzahlung nicht bis zu obengenanntem Termine erfolgt sein sollte.

Das Gründungs-Comité

der „Vesta“, Lebens-Versicherungs-Bank auf Gegenseitigkeit in Posen.

Im Auftrage:

Die Geschäftsführungs-Commission.
Dr. J. Rejewski. Dr. H. Szuman. B. Leitgeber.

In unserem Verlage ist erschienen:

Comtoir-Wand-Kalender für 1873.

Im Dutzend 24 Sgr., einzeln 2½ Sgr.

Posen.

Hofbuchdruckerei von W. Decker & Co.
(E. Röstel).

Bestellungen auf die „Deutsche Roman-Zeitung“, — Verlag von Otto Janke in Berlin — nehmen alle Buchhandlungen und Postanstalten für 1 Thlr. entgegen in Posen Ernst Rehfeld, Wilhelmstraße 1 (Hotel de Rome). Das neue Quartal enthält u. a. eine dreibändige neue Roman, von Fanny Lewald, betitelt: „Die Erlöserin“.

Gewinn-Liste der 1. Klasse 147. k. preuß. Klassen-Lotterie (Nur die Gewinne über 20 Thlr. sind den betreffenden Nummern in Parenthese beigefügt.)

Berlin, 8. Januar. Bei der heute angefangenenziehung sind folgende Nummern gezogen worden:

25 102 60 87 237 40 73 98 316 49 84 99 555 96, 639 (50) 59
87 786 824 56 952 82, 1052 130 44 45 51 97 260 90 331 45
77 (30) 93 (50) 440 568 85 98 614 59 66 90 824 960 66, 2087
112 34 51 (30) 320 442 503 8 51 672 73 76 97 741 861 (40) 64
81 90, 903 41 (40) 46 58 (40), 3004 16 (50) 56 76 (30) 170 213 17

348 448 522 70 743 804 50 928 67 82, 4026 69 75 142 (30) 222
55 70 396 99 415 500 608 70 77 748 67 72 82 88, 843 82, 5033
56 93 175 87 96 (30) 264 311 53 (50) 60 85 405 47 52 502 43
634 (30) 41 717 815 44 51 97 (30) 872 87, 6035 40 (30) 62 136
262 91 312 48 71 82 441 60 64 510 35 39 50 (40) 617 56 773 809
26 85, 997 99, 7012 58 62 (30) 79 190 203 6 36 84 424 515 49
81 602 (30) 7 41 727 33 941 90, 8175 92 98 329 88 93 (30)
442 52 80 692 714 46 804 96 909 27, 9069 131 33 68 77 226
76 316 18 45 57 63 446 63 598 605 77 712 31 862 937.

10,008 45 52 89 90 91 112 13 54 82 202 (1200) 19 21 77 331

439 (30) 86 500 2 22 87 99 615 37 39 59 73 (40) 93 756 852.

11,000 8 (30) 55 63 86 129 74 88 (30) 293 343 403 31 41 (3000)

608 762 70 (30) 81 902 21 (70) 66 (40), 12,048 (30) 83 158 65 281

317 32 425 35 (30) 47 67 515 20 85 634 35 42 72 700 819 30)

961 78 90, 13,084 104 70 84 231 306 45 81 96 441 98 535 60

731 883 914 (30) 17 24 40 (40) 54 73, 14,047 (30) 185 (40) 97 238

58 (3000) 306 14 417 36 53 (30) 55 99 544 619 791 886 (50) 971

87, 15,039 (30) 49 73 158 250 84 96 336 46 50 72 470 76 589

616 17 26 (30) 67 74 708 15 33 878 81 928, 16,084 193 283 513

74 76 603 86 749 85 93 934 61 77, 17,060 90 203 86 380 89 90

418 81 (30) 519 21 91 647 711 827 982, 18,007 11 54 120 (30)

37 39 52 (40) 78 390 449 70 514 647 96 716 51 76 807 71 921.

19,000 11 67 71 72 79 120 61 444 49 52 520 25 51 657 727 49

814 47 48 918.

20,075 (30) 88 111 234 46 69 313 (30) 407 53 549 621 33

37 81 746 73 89 (30) 827, 21,004 41 101 44 236 58 64 487 (40)

99 528 765 881 978 83 95, 22,051 61 100 24 38 (30) 85 93

216 95 307 58 66 74 (50) 77 88 432 52 555 713 46 804 910 23.

23,012 36 (50) 41 52 76 139 418 509 621 84 752 92 (40) 803

924 34 85 91, 24,001 41 49 58 83 95, 171 279 436 43 52 518 614

(40) 88 709 24 48 (30) 52 84 825 58 64 99 925 40, 25,014 (50)

22 (30) 165 73 82 226 39 (40) 93 30 351 55 66 461 552 625 66

(30) 87 (50) 92 93 (50) 722 91 845 (30) 73 (30) 908 57 77, 26,000

(30) 1 28 (30) 31 (30) 71 128 44 225 26 64 307 9 419 49 51 512

18 (30) 21 57 705 41 57 84 814 912, 27,127 98 236 58 306 17 35

85 97 402 12 28 (30) 63 83

Das Faubourg Saint-Germain legt Trauer um den heiligen Vater an, es gibt nämlich nicht die beabsichtigten Bälle, um gegen die Politik des Herrn Thiers in Rom zu demonstrieren. Der Präsident der Republik, die Minister und im allgemeinen die großen Häuser der Politik und der Finanz unterlassen die Festlichkeiten und Belustigungen so lange ein Mann der deutschen Okkupation noch im Lande steht. So wird es jedoch im Faubourg Saint-Germain nicht gemeint. Dort kennt man bloß Rücksichten auf den Papst und auf den abwesenden König. Die Orleanisten machen es nicht besser. Ihr Hofblatt „Journal de Paris“ diplomatisiert über die Dimission des Grafen Bourgoing und gegen die Herren Fournier und Grafen Némusat genau wie das „Univers“, der „Français“ und das Hofblatt des Grafen Chambord hierüber theologisieren.

Bayonne, 7. Januar. Die Maschinisten der spanischen Nordbahn haben die Arbeit eingestellt. Die Karlisten haben die Eisenbahn zwischen Miranda und Bilbao und zwischen Alasua und Pamplona zerstört, eine Station mit Hülse von Petroleum verbrannt und die Eisenbahnbeamten als Gefangene fortgeschleppt.

Russland und Polen.

Warschau, 7. Januar. Die päpstliche Allokution vom 23. Dezember, welche hier durch auswärtige Blätter bekannt geworden ist, hat hier einen sehr verschiedenen Eindruck gemacht. In den russischen Kreisen herrscht allgemeine Befriedigung darüber, daß die Allokution auch nicht ein einziges tadelndes Wort gegen Russland enthaltet, obwohl die russische Regierung seit dem letzten polnischen Aufstande die Freiheiten der katholischen Kirche auf alle mögliche Weise beschränkt, zahlreiche Klöster aufgehoben, die Kloster- und Pfarrgüter eingezogen und verkaufte, Tausende von Katholiken in Litauen durch physischen und moralischen Zwang von ihrem Glauben abwendig gemacht und zur orthodoxen Kirche herübergezogen hat und jetzt mit allen Kräften daran arbeitet, die unirte Diözese Chełm von Rom loszureißen und mit der orthodoxen Kirche wieder zu vereinigen. Eine solche Rücksichtnahme gegen die russische Regierung hatte man russischerseits vom Papst zu erwarten wahrlich keinen Grund und man ist durch dieselbe um so mehr überrascht, als wenige Tage vor Abhaltung des päpstlichen Konistoriums die drei unlängst wegen ihrer Opposition gegen die Russifizierung des unirten Ritus aus dem Königreich Polen aufgewiesenen unirten Geistlichen, die Mitte Dezember von Lemberg nach Rom gekommen waren, beim Papst eine Audienz gehabt und bei ihm bittere Klage über die Bedrückung und Verfolgung der katholischen Kirche in Russland geführt hatten. Den entgegengesetzten Eindruck hat die päpstliche Weihnachts-Allokution in den hiesigen polnischen Kreisen gemacht. Man ist in denselben in höherem Grade darüber empört, daß der Papst, während er die ganze Fülle seines Bornes über die italienische, spanische, schweizerische und deutsche Regierung ausschütte, die russische Regierung, die doch die Freiheiten der katholischen Kirche ungleich mehr verklagt hat, als jene, gänzlich mit Stillschweigen übergeht, und man zweifelt keinen Augenblick mehr, daß das Nebeneinkommen zwischen dem petroßburger Kabinett und der russischen Kurie, nach welchem der russischen Forderung gemäß die polnische Nationalität dem hierarchischen Interesse geopfert werden soll, entweder schon abgeschlossen oder doch dem Abschluße nahe ist.

Türkei und Donaufürstenthümer.

Einem Telegramm aus Yemen zufolge wurde das Fort Keweba nach monatlicher Belagerung von den türkischen Truppen genommen. Die Rebellen, die noch im Bezirk Talas, in 13 kleinen Forts verschanzt, Widerstand leisteten, wurden hierauf zerstört, nachdem ihre Hauptfestung gefallen. Die zahlreichen Anhänger, welche ein Scheit, der sich für den Mahdi, Vorläufer des Weltendes, ausgab, um sich zu sammeln wußte, wurden geschlagen und zerstreut.

A f i e n .

In Japan soll ein durch Wahl gebildetes Parlament von 600 Mitgliedern zusammengetreten. Die Wahlen waren für Dezember festgesetzt. — In Nagasaki ging das Gericht, die Koreaner hätten zwei japanische Schiffe, die der jüngst abgegangenen Expedition angehörten, gewaltsam zurückgehalten. — Die in den verschiedenen für den Verkehr mit den Fremden vertragmäßig eröffneten Häfen Japans bestehenden Postämter (Freudenhäuser) wurden von der Regierung abgeschafft. — Die Japanesen werden künftig ihre Köpfe nicht mehr scheren, sondern das Haar nach europäischer Sitte wachsen lassen. So will es die Regierung. — Der Kaiser von China übernimmt die Regierung am 23. Februar d. J.

M a r e i t o .

New-York, 20. Dez. Der Senat der Vereinigten Staaten hat in der letzten Zeit verschiedene interessante Gegenstände verhandelt. So brachte vor einigen Tagen in Aussicht auf die bald zu gewärtigende Zahlung der „Alabama“-Entschädigung von Seiten Englands Senator Morton eine Bill ein, die Vertheilung der Entschädigungssumme betreffend. Der Antrag Mortons scheint die Ansichten der Regierung in der Angelegenheit zu vertreten. Nach diesem Antrage soll zur Feststellung der den einzelnen Petenten zufallenden Summen vom Präsidenten eine Dreimänner-Kommission ernannt werden. Zur Prüfung der Ansprüche und zur Vertretung der Regierung werden der Kommission zwei Räthe beigegeben, ferner ein Sekretär; die Kommissäre erhalten 4500 Dollars jährlichen Gehalt, der Sekretär 3000. Die Kommission hat sich in Washington zu organisieren, darf aber ihre Sitzungen an jedem Orte der Union abhalten, je nachdem ihre Funktion es fordert. Die Thätigkeit der Kommission muß längstens nach zwei Jahren beendet sein. Die Gerichtsbehörden der Union sind mit der Ausführung der Anordnungen der Kommission beauftragt. Was die Auszahlung der zugesprochenen Entschädigungssummen betrifft, so hat dieselbe von Seiten des Schatzes binnen 60 Tagen zu erfolgen. Bei den einzelnen Entschädigungsbezügen werden die Binsen zu 6 Prozent vom Datum des erlittenen Schadens bis zum Datum der gerichtlichen Aufsprechung berechnet und in ein besonderes Konto eingetragen. Diese Interessen sollen dann bezahlt werden, wenn der vorhandene Entschädigungsfonds dazu hinreicht, wo nicht, so werden die Binsen pro rata aus dem nach Auszahlung der Hauptsumme verbleibenden Überflusse bezahlt.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 9. Januar.

— Die durch den Telegraphen alarmirten Landräthe recherchiren in der Provinz Posen noch immer nach der päpstlichen Weihnachts-Allokution, die sie dem polnischen Publikum durchaus vorerhalten wollen. Zum Zwecke dieser Recherchen sind bereits bei mehreren Geistlichen, u. A. auch beim Propst Brandowski in Borek und beim Propst Frasnatiewicz in Walkowo bei Kołomin, polizeiliche Revisionen abgehalten worden, die jedoch kein anderes Resultat geliefert haben, als daß hier und da ein Exemplar der „Germania“ und der „Norddeutschen Allg. Zeitung“ weggenommen wurde. Das Beste bei der Sache ist, daß, ungeachtet alles Spektakels die polnische Bevölkerung sich gegen die päpstliche Allokution völlig gleichgültig verhält.

— Das polnische Central-Wahlkomite für das Großherzogthum Posen hat im Einvernehmen mit dem Wahlkomite des fraustädtter Kreises den Grafen Maximilian Mielzyński als Kandidaten zum Abgeordneten des deutschen Reiches aufgestellt.

— **Die beiden Morde**, welche in neuerer Zeit bei Szalaszewo (Schwerenz) und in Rudnica verübt wurden, sind bereits eingestanden. Danach ist der Steinzeiger Skrzypczak aus Schwerenz durch den Wirth Wrzesiński zu Garby, einen gut sitzenden Mann, im Jähzorn mittelst einer Art erschlagen worden, während dem Bauer in Rudnica, welcher im Bette tot gefunden wurde, der eigene Schwiegersohn so lange mit den Füßen auf den Brustkasten gestampft hat, bis demselben das Brustbein und mehrere Rippen gebrochen waren und in Folge dessen der Tod eintrat. Da bei beiden Mordthaten jedoch offenbar Complicen vorhanden waren, so wird die gerichtliche Untersuchung noch weiter fortgesetzt.

— **Eine neue polnische Bank** soll hier in kurzer Zeit errichtet werden und wird das Lokal für dieselbe im Hause Nr. 13 der Berlinerstraße schon eingerichtet.

— **Die Waffengefährten** der polnischen Revolution von 1863 in der Stadt und Provinz Posen beabsichtigen auch in diesem Jahre, den auf den 22. Januar fallenden Jahrestag derselben durch ein gemeinschaftliches demonstratives Festmahl im hiesigen Bazaarcafe feierlich zu begehen. Die Einladung zu dem Festmahl ist bereits ergangen.

— **Au allen höheren Unterrichtsanstalten** der Provinz wird, wie wir hören, von Ostern d. J. ab nur die deutsche Unterrichtssprache in Anwendung kommen, während bisher in den unteren Klassen der beiden katholischen Gymnasien zu Posen und Ostrowo, sowie für die polnischen Schüler der unteren Klassen der Realschule zu Posen bisher die polnische Unterrichtssprache angewendet wurde. Dagegen bleibt an diesen drei Anstalten die polnische Sprache für die polnischen Schüler obligatorischer Unterrichtsgegenstand.

— **Die Lebensversicherungs-Gesellschaft „Vesta“** wird nun mehr wohl bald ins Leben treten, da nach dem Berichte, welchen neulich Dr. Dr. Rejewski im Gründungskomite erstattete, bereits 210,700 Thlr. d. h. 1000 Thlr. mehr, als die nach den Statuten für die Eröffnung erforderliche Summe, gezeichnet sind, davon 34,975 Thlr. baar, 97,875 Thlr. in Solaweheln.

— **Der Vorstand** des Posener Provinzial-Lehrervereins hat an sämtliche Lehrer der Provinz das Erfuchen gestellt, ihm in möglichst kurzer Zeit statistische Mittheilungen über die gegenwärtigen fixirten Gehälter an den einzelnen Orten zugehen zu lassen befußt Entwerfung einer Petition an den Unterrichtsminister, sowie an die Posener und Bromberger Regierung um Aufstellung und Durchführung von Gehaltsstufen für die Lehrer in unserer Provinz, wie sie in Schlesien bereits durchgeführt sind. Eine solche Petition kann nur dann, wenn sie mit genügendem statistischen Material versehen ist, auf Erfolg rechnen.

— **Ein Dienstmädchen**, welches von einer Herrschaft zu Neu-Jahr d. J. gemietet worden war, zog am 2. Jan. in Begleitung eines zweijährigen Kindes auf, und stellte dasselbe als ihr eigenes Kind vor, schien auch sehr verwundert, als die Herrschaft sich mit dieser unverhofften Vermehrung des Haushandes nicht einverstanden erklärte. Da jedoch das Dienstmädchen auf die Weigerung der Herrschaft, sie unter diesen Bedingungen anzunehmen, ohne Weiteres den Dienst verließ, so ist es wohl wahrscheinlich, daß es dem Mädchen leid geworden war, in den neuen Dienst zu treten, und daß es irgend ein fremdes Kind lediglich zu dem Zwecke mitgenommen hatte, um zurückgewiesen zu werden.

— **Im Ursulinerinnenkloster** legten am Sonntage Aniela Hausner, Kazimiera Böck (eine Tochter des verstorbenen Kreisschulinspektors) und Irene Przytaniowska ihr Gelübde als Schwestern des Ursulinerinnen-Ordens ab.

— **Auf der Bergstraße** wurde am Dienstage Mittags einem Schulknaben durch einen Jungen die Mütze im Werthe von 2 Thlrn. vom Kopfe gerissen. Trotzdem der Beraubte ein großes Gesicht erhob, gelang es doch dem jugendlichen Räuber, mit seiner Beute zu entkommen.

— **Personalveränderungen in der Armee.** Gr. v. Haeckel, Gen. Lt. zur Disp., zur Zeit stellvertret. Kommdr. der 37. Inf. Brig., von dieser Stellung entbunden. v. Beckedorff, Oberst u. Kommdr. des 6. Thüring. Inf. Regts. Nr. 95, mit der Uniform dieses Regts. zu den Offizieren von der Armee versetzt und zum Stellvertret. Kommdr. der 37. Inf. Brig. ernannt. v. Klaß, Oberst-Lt. vom 3. Posen. Inf. Regt. Nr. 58, mit der Führung des 6. Thüring. Inf. Regts. Nr. 95, unter Stellung à la suite des selben, beauftragt. v. Ditsfurth, Oberst-Lt. à la suite des Gen. Stabes der Armeen und Direktor der Kriegsschule in Erfurt, unter Entbindung von diesem Verhältniß, in das 3. Posen. Inf. Regt. Nr. 58 versetzt. Ebbhardt, Hauptm. u. Komp. Chef im 1. Nassauisch. Inf. Regt. Nr. 87, unter Beförderung zum Major und Stellung à la suite des Gen. Stabes der Armeen, zum Direktor der Kriegsschule in Erfurt ernannt. v. Podbielski, Gen. Lieut., beauftragt mit der Führung der Geschäfte der General-Inspektion der Artill. zum Gen. Inspekteur der Artillerie ernannt. Kronprinz des Deutschen Reichs und Kronprinz von Preußen, Kaiserl. und Königl. Hoh. General-Heldmarschall etc., bisher erster Kommdr. des 1. Bats. (Berlin) 2. Garde-Landw. Regts., zum zweiten Chef des 1. Garde-Landw. Regts. ernannt. Prinz Friedrich Wilhelm von Preußen, Königl. Hoh. Sel. Lt., bisher à la suite des 1. Bats. (Berlin) 2. Garde-Landw. Regts., gestellt. Prinz Albrecht von Preußen, Königl. Hoh. Gen. Lieut. ic., bisher erster Kommdr. des 2. Bats. (Stettin) 1. Garde-Landw. Regts., zum zweiten Chef des 3. Garde-Landw. Regts. ernannt. Prinz Georg von Preußen, Königl. Hoh. Gen. der Cav., bisher erster Kommdr. des 3. Bats. (Kotbus) 2. Garde-Landw. Regts., zum zweiten Chef des 4. Garde-Landw. Regts. ernannt. Prinz Friedrich Karl von Preußen, Königl. Hoh. Gen. Feldmarschall ic., bisher erster Kommdr. des 3. Bats. (Pots. Lip.) 1. Garde-Gren. Landw. Regts., zum zweiten Chef des 1. Garde-Gren. Landw. Regts. ernannt. Prinz Alexander von Preußen, Königl. Hoh. Gen. der Inf., bisher erster Kommdr. des 3. Bats. (Graudenz) 1. Garde-Landw. Regts., zum zweiten Chef des 2. Garde-Gren. Landw. Regts. ernannt. Prinz Karl von Preußen, Königl. Hoh. Gen. Feldzeugmeister ic., bisher erster Kommdr. des 2. Bats. (Breslau) 1. Garde-Gren. Landw. Regts., zum zweiten Chef des 3. Garde-Gren. Landw. Regts. ernannt. Prinz Adalbert von Preußen, Königl. Hoh. Admiral ic., bisher erster Kommdr. des 3. Bats. (Düsseldorf) 2. Garde-Gren. Landw. Regts., zum zweiten Chef des 4. Garde-Gren. Landw. Regts. ernannt. Prinz Heinrich von Preußen, Königl. Hoh. Sel. Lt. vom 1. Garde-Lt. zu Fuß und Unter-Lieut. zur See, außerdem auch à la suite des Garde-Jügl. Landw. Regts. gestellt. v. Kamecke, Gen. Lt. und Chef des Ingen. Corps ic., unter Entbindung von diesem Verhältniß und unter Stellung à la suite des Ingen. Corps, zum Mitgliede des Staatsministeriums mit dem Titel und dem Range

eines Staatsministers, sowie mit der Bestimmung ernannt, den Geschäften des Kriegsministeriums, in Übereinstimmung mit dem Kriegsminister General der Infanterie Gr. v. Roon verantwortlich vorzustehen, und letzter überall, wo es nötig, ebenso zu vertreten. Gr. v. Roon, Gen. der Inf., Minister-Präsident und Kriegs-Minister, unter Belassung in seinen bisherigen Dienstverhältnissen, zum General-Feldmarschall ernannt. Frhr. v. Wangenheim, Hauptm. und Komp. Chef im Königs-Gren. Regt. (2. Westpreuß.) Nr. 7, in das 1. Garde-Regt. zu Fuß versetzt. Cardinal v. Widdern, Hauptm. und Komp. Chef im 4. Niedersächs. Inf. Regt. Nr. 51, in das Königs-Gren. Regt. (2. Westpreuß.) Nr. 7, mit einem Patent vor dem Hauptm. v. Maltitz dieses Regts. versetzt. Gaede, Gen. Major a. D., zuletzt Kommdr. der 5. Art. Brig., in die Kategorie der zur Disp. gesetzten Off. versetzt. v. Erbach, Maj. zur Disp., bisher 2. Kommdr. des 2. Bats. (Stettin) 1. Garde-Landw. Regts., v. d. Busche, Maj. z. Disp., bisher 2. Kommdr. des 2. Bats. (Magdeburg) 2. Garde-Landw. Regts., v. Kahlden, Major zur Disp., bisher zweiter Kommandeur des 3. Bats. (Kottbus) 2. Garde-Landw. Regts., v. Döring, Oberst-Lt. zur Disp., bisher zweiter Kommandeur des 2. Bats. (Breslau) 1. Garde-Gren. Landw. Regts., Frhr. v. Wrede, Major zur Disp., bisher zweiter Kommandeur des 1. Bats. (Gamm) 2. Garde-Gren. Landw. Regts., v. Rötscher, Oberst zur Disp., bisher zweiter Kommdr. des 2. Bats. (Koblenz) 2. Garde-Gren. Landw. Regts., — sämtlich mit der Erlaubnis zum Tragen ihrer bisherigen Uniform von diesen Stellen entbunden. Burghardt, Sec. Lt. von der Inf. des 2. Bats. (Schrimm) 2. Bats. Landw. Regts. Nr. 19, als Pr. Lt. mit Pension und seiner bisherigen Uniform, Tegtmeyer, Pr. Lt. von der Inf. des 2. Bats. (Freystadt) 1. Niedersächs. Landw. Regts. Nr. 46, mit Pension und der Landw. Armee-Uniform, — der Abschied bewilligt. Dr. Schulze, Ober-Stabsarzt a. D., zuletzt Regts. Arzt des 1. Bats. Inf. Regts. Nr. 18, die Erlaubnis zum Tragen der Uniform des Sanitätscorps ertheilt.

— **Bei der Viehzählung**, welche am 10. Januar d. J. im ganzen preußischen Staate vorgenommen wird, werden folgende Thiere gezählt: Pferde, Maulthiere und Maulsafel, Esel, Rindvieh, Schafe, Schweine, Ziegen, Bienen (und zwar nach Bienenstöcken), Seidenraupen (nach der pro 1872 erzeugten Anzahl von Pfunden Kotons). Bei der Zählung sind folgende Momente in Betracht zu ziehen: Es ist anzugeben, ob von der betr. Haushaltung aus Landwirtschaft betrieben wird. Von den zuzählenden Pferden sind ausgeschlossen Militärdienst-, sowie zum Privatgebrauch der Offiziere dienende Pferde; dagegen werden mitgezählt die Gendarmerie-Pferde. Es ist genau bei den Pferden zu bemerken, ob dieselben Fohlen bis zu 3 Jahren sind oder dieses Alter bereits überschritten haben und zu welcher Kategorie von Pferden sie gehören: zu den Buchthengsten, Landbaupferden, Zugspferden, oder zu denjenigen, welche zu gewerblichen resp. Verkehrszielen benutzt werden. Bei dem Rindvieh ist anzugeben, ob es Kälber bis zu ½ Jahr, Jungvieh bis 2 Jahr (darunter zu Zuchtbullen bestimmte Thiere), oder Rindvieh über 2 Jahre, und bei letzterem, ob Zuchtbullen, Ochsen und andere Stiere, oder Kühe. Bei Schafen ist anzuführen, ob dieselben zu den Merinos, zu den veredelten Fleischschafen oder zu anderen Schafen aller Art, resp. zu den Haidschnecken gehören.

II. **Aus der Provinz**, 8. Januar. [Deutscher Unterricht.] Im Kreise P. ist dem Rittergutsbesitzer G. die Inspektion über mehrere Schulen übergeben, und dem Einfluß des Herrn G. ist es zuzuschreiben, daß ein Theil der Kinder in einem halben Jahre so weit gekommen ist, um ihm mit Erfolg den Unterricht in der Geographie und in der brandenburgischen Geschichte in deutscher Sprache zu erhalten. Diese Thatzache zeigt recht deutlich, wie leicht es polnischen Kindern wird, sich die deutsche Sprache anzueignen und unterstützt wesentlich die Ansicht derjenigen, welche die Einführung der deutschen Sprache als Unterrichtssprache als einzige durchgreifendes Mittel ansiehen, um den Kindern die nötige Übung in der deutschen Sprache zu geben. Der Unterricht in deutscher neben der polnischen Unterrichtssprache wird sich vielfach als Zeitverschwendungen und halbe Maßregel herausstellen, und viele Lehrer werden erst dann mit Ernst an den deutschen Sprachunterricht geben, nachdem sie gezwungen werden ihn als Unterrichtsmittel anzunehmen. Herr G. ist Katholik und soll wegen seinen Leistungen als Schulinspektor im Stillen exkomuniert seien. Hoffentlich wird das ebenso wenig seine anerkanntswürdige Thätigkeit wie seine Gewissenlosigkeit beeinträchtigen.

II. **Pleschen**, 8. Januar. Der früher gemischte landwirtschaftliche Verein konnte zu keiner rechten Lebensthätigkeit kommen und erfreute sich weder der Sympathie der Deutschen noch der Polen. Die geringe Beteiligung veranlaßte bereits im Jahre 1859 den Vorstand, ihn vorläufig zu schließen und so hat er über 12 Jahre gedurkummt und ist erst vor zwei Monaten zu neuem Leben erwacht. Die zweite Vereinsversammlung fand gestern unter reger Theilnahme der deutschen Landwirthe statt, und steigerte sich die geringe Zahl der Mitglieder durch die heute erfolgten Aufnahmen auf 53. Es werden sich unter dieser Zahl allerdings noch einzelne Polen, die noch von früher her in der Mitgliederliste weiter geführt werden, doch ist kaum zu erwarten, daß sie dem neu gegründeten Verein beitreten werden. Wie die Verhältnisse einmal liegen, wird die Vereinigung beider Nationalitäten auf dem materiellen Gebiete noch längere Zeit ein frommer Wunsch bleiben. Nach dem Schlüß der Versammlung hielt ein fröhles Mahl die zahlreich erschienenen Mitglieder noch längere Zeit zusammen.

x. **Krotoschin**, 5. Jan. [Wohnungszuschüsse. Theater.] Die Etatsvorlage, welche den Beamten Wohnungsgeldzuschüsse verheißt, hat die Neigung hiesiger Hausbesitzer, ihre Mieter zu schrauben, in Schrecken erregender Weise nachzugeben. Während sich einige vorläufig noch darauf befränken, ihre Mieter auszukündigen, wie viel wohl ihr Service betrügen werde, versuchen andere nach echt bürgerlichem Manier, indem sie die Mieten unverhältnismäßig erhöhen. Am schlechtesten fahren unter solchen Umständen die Diätarienten, die nach der Etatsvorlage keine Wohnungsgeldzuschüsse erhalten sollen, von ihren Hauswirthen aber in gleicher Weise geschraubt werden. Dies soll den hiesigen Diätarienten (gleich denen im Departement Breslau) Anlaß zu einer Petition an das Abgeordnetenhaus gegeben haben. Zur Charakteristik unserer Wohnungsverhältnisse sei erwähnt, daß Wohnungen für 60 bis 70 Thaler entweder sehr beschränkte Räume oder in ihrer äußerer Ausstattung einer zerbrochenen Familie nicht unähnlich sind. — Am 9. d. M. beginnt Hr. Theaterdirektor Gehrmann einen neuen Zirkus von Vorstellungen, und ist zu wünschen, daß er einen besseren Erfolg hat, als im vorigen Herbst.

x. **Krotoschin**, 6. Jan. [Meiningen Bank.] Die deutsche Hypothekenbank zu Meiningen hat im hiesigen Kreise bedeutende Kapitalien auf Grundstücke ausgethan, und eine Zeit lang schien es, als ob die Darlehnsnehmer das Geld umsonst befäßen. Seit einigen Monaten hat aber die Nachfrage nach meininger Geld bedeutend nachgelassen und dies scheint seine guten Gründe zu haben. Die Bank sichert sich nämlich u. a. durch eine Klausel in der Obligation für den Fall, daß das sonst unlösbarbare Darlehn früher als durch die vereinigte Amortisation geschehen kann, zurückgezahlt werden sollte, 1/2 Prozent der ganzen Darlehnssumme als Verwaltungskosten für die bei der Rückzahlung noch nicht abgelaufene Amortisationsfrist. Dies ist für den Schuldner eine schlimme Bestimmung, wie folgendes Erempl lehrt. Im Frühjahr v. J. erhielt ein Bauer ein Darlehn von 1200 Thlr.; im Herbst wurde sein Grundstück subhastiert. Die Bank liquidierte nun nur ihr Kapital, Zinsen und Kosten, 1/2 Prozent

S Inowraclaw. 6. Jan. [Postalische.] Eine seit dem 1. Januar c. bei dem hiesigen Postamt ins Leben getretene Einrichtung hat im hiesigen Publikum und besonders unter den Geschäftleuten eine Missstimmung hervorgerufen, die sich schon in verschiedenen Beschwerdebriefen geäußert hat. Während nämlich seit Jahren die Annahme und Ausgabe am hiesigen Postamt in getrennten Abteilungen bestanden und von je einem Beamten verwaltet wurden, sind diese beiden Abteilungen seit Beginn dieses Jahres vereinigt und in die Hände eines Beamten gelegt worden. Abgesehen davon, daß für den betreffenden Beamten durch diese Einrichtung bei dem hiesigen Postverkehr, der sich seit Trennung der Abteilungen um $\frac{1}{3}$ von früher gehoben hat, eine kaum zu bewältigende Arbeitslast erwächst, ist das Publikum in die unangenehme Lage versetzt, oft stundenlang am Schalter stehen zu müssen, ehe es abgefertigt ist. Während schon früher an beiden Schaltern ein unangenehmes Gedränge entstand, ist dieses jetzt an einem Schalter ganz unerträglich. Die neue Einrichtung hätte im Interesse des Publikums schon infolfern vermieden werden müssen, als das Eintreffen und der Abgang der Eisenbahnzüge auf sehr ungünstige Zeitpunkte fallen, das z. B. alle Sachen, die von hier über Bromberg expediert werden, schon um 2 Uhr M. auf der Post sein müssen, wenn sie mit dem letzten Zug befördert werden sollen, da ferner alle Sachen, die mit dem letzten Zug abends um halb 8 Uhr von Bromberg hier eintreffen, erst am andern Tage an ihre Adressaten gelangen. Wenn man ferner berücksichtigt, daß das hiesige Postamt noch an einer Reihe von katholischen Feiertagen geschlossen ist, so kann man sich die Unzufriedenheit des Publikums mit der neuen Einrichtung leicht erklären, sowie die Wünsche, die auf eine größere Berücksichtigung seiner Interessen nach dieser Seite hin gerichtet sind.

Eine zweite Konfiskation unserer Zeitung.

Heute Vormittag erschien abermals ein Polizeikommissar auf unserem Bureau, um die noch vorhandenen (acht) Exemplare unserer gestrigen Abendzeitung in Besitz zu nehmen, weil darin die auf Deutschland bezüglichen Worte der päpstlichen Weihnachts-Allocution mitgetheilt waren; nicht in einem Redaktionsartikel standen diese Worte, sondern in dem von uns mitgetheilten Beschuß des hiesigen Kreisgerichts, welcher über die am Ende des vorigen Jahres aus dem gleichen Grunde erfolgte Beschlagnahme entschied.

Wenn schon vorher die ganze Konfiskations-Angelegenheit weder für unsere Rechtsverhältnisse, noch für unsere Verwaltungspolitik ein sehr ruhmliches Zeugniß ablegt und dem beschränkten Unterthanen verstände unverständlich sein muß, so wird sie durch die heutige Beschlagnahme geradezu verwirrend.

Nach der neuesten Rechtsauffassung in Posen soll es nun nicht mehr gestattet sein, in Preußen die Entscheidung eines königlich preußischen Gerichts mitzutheilen, weil in den Motiven dieser Entscheidung eine Auslassung allegirt ist, die einen „objektiv strafbaren Inhalt“ hat.

Man erkennt hier alsbald, daß die Polizeibehörde nur die Konsequenzen der Anschauung gezogen hat, welche in dem gestern mitgetheilten Beschuß des hiesigen Kreisgerichts ausgesprochen sind. Die Rathskammer des tgl. Kreisgerichts stellt in ihrem Entschluß die Ansicht auf, daß „der objektiv strafbar Inhalt einer zur Veröffentlichung gelangten Druckschrift die Staatsanwaltschaft und deren Organe nach § 29 des Preußengesetzes berechtigt, die Druckschrift, wo sie solche zum Zwecke der Verbreitung vorfinden, vorläufig mit Beschuß zu belegen, ohne daß es einer Prüfung bedarf, ob jemand und wer für die Druckschrift im preußischen Staate strafrechtlich verantwortlich ist, wie aus § 29 in Verbindung mit § 50 des Preußengesetzes hervorgeht.“ Das Königliche Kreisgericht ist ein Opfer seiner eigenen Lehre geworden, denn nicht unser Artikel sondern ein Schriftstück des Königlichen Kreisgerichts ist konfisziert worden, und wenn dieser Artikel Anlaß zu einem Prozeß gäbe, so würden wir dem verhandelnden Gericht als Verfasser das Gericht selbst nennen, und das Gericht könnte, wenn dies möglich wäre, über seine eigene Strafbarkeit entscheiden.

Doch wir haben noch über dem Rätsel der ersten Beschlagnahme zu grübeln. Der Telegraph hatte nach auswärts verkündet, die Staatskammer des hiesigen Kreisgerichts habe entschieden, daß ein Grund zu einem weiteren strafrechtlichen Verfahren gegen die betreffenden Medakturen nicht vorliege. Das ist nun allerdings nicht richtig, die Entscheidung lautet nur dahin, daß die Beschlagnahme aufrecht zu erhalten sei, und die königliche Staatsanwaltschaft sollte jetzt die Anklage gegen unsere Zeitung erheben; indessen deutet das Königliche Kreisgericht ziemlich deutlich an, daß es nur einen „objektiv“ strafbaren Inhalt, keinen verantwortlichen Urheber des Vergehens erblickt, weil dem Redakteur die strafbare Absicht fehlt, Staats-einrichtungen ic. „verächtlich“ zu machen. Unter solchen Umständen wird die Königliche Staatsanwaltschaft sich wahrscheinlich bedenken, die Anklage zu erheben, und wir können dann zu dem Resultat, daß eine polizeiliche Beschlagnahme als gerechtfertigt anerkannt ist, ohne daß sie für genügend zur Einleitung eines gerichtlichen Verfahrens erachtet wird, während doch das Gesetz die Beschlagnahme nicht als endlichen Zweck des Verfahrens, sondern nur als Vorläufer einer Untersuchung auffaßt, welche die Bestrafung der Schuldigen und die Vernichtung der Schrift bezweckt.

Jedenfalls liefern diese Vorgänge ein interessantes Material und manche gute Lehre für die gesetzgeberischen Arbeiten, welche sich mit dem Preßgewerbe befassen werden.

Wissenschaft, Kunst und Literatur.

* [Der Biela'sche Komet.] Der „Hann. Cour.“ erhält von Hrn. Professor Dr. W. Klinkerfues, Direktor der Sternwarte zu Göttingen, folgende Zuschrift: Trotz der früheren Rechnungen über den Biela'schen Kometen, welche denselben spätestens am 14. Oktober v. J. seine Sonnen-Nähe erreichen lassen, während dagegen die Theilchen, welche das glänzende Phänomen des 27. November veranlaßten, ihre Sonnen-Nähe erst gegen den 25. Dezember erreichten, glaubte ich mich doch zu der Annahme berechtigt, daß wir am 27. November den Kopf des Kometen selbst oder doch seine allernächste Umgebung passirt haben. Nach der Lebhaftigkeit des Sternschnuppenfalls zu urtheilen, müssen wir dem Kometen ungleich näher gekommen sein, als am 2. Dezember 1805, wo derselbe der Erde bis auf Mond-Entfernung nach zuverlässigen Bahnberechnungen nahe gekommen ist. Ich überlegte, daß nach meiner Annahme der Komet in seinem geozentrischen Orte mit dem Sternschnuppenfall den Sprung vom Radiationspunkt der Divergenz nach dem der Konvergenz machen müßte und dort (bei dem Sterne Σ Centauri) aufzufinden werden könnte, wenn es nüllig eine Nachricht nach einer hinreichend südlich gelegenen Sternwarte gelangte. Am 30. November meldete ich der Sternwarte zu Madras durch Telegramm, daß der Biela'sche Komet bei Σ Centauri zu suchen sein würde. Heute empfing ich von Poyson, den bekannten Direktor der Sternwarte zu Madras, die briefliche Nachricht, daß er den Kometen an der in dem Telegramme bezeichneten Stelle gefunden und mehrmals (am 2. und 3. Dezember) beobachtet habe. Für heute die Mittheilung dieses interessanten Faktaums, daß ein Komet unter

Zugrundelegung des Radiationspunktes von Sternschnuppen aufgefunden werden konnte.

Staats- und Volkswirthschaft.

** Mehrere große Aktionäre der Berliner Produktions- und Handelsbank, die zusammen einen bedeutenden Theil des Grundkapitals in ihrem Besitz vereinigen, haben den Beschuß gefaßt, für Auslösung und Liquidirung der Bank zu agitiren, und wollen mit nächstem schon den Antrag bei der Verwaltung einreichen, eine außerordentliche General-Versammlung einzuberufen, welche über die Liquidirung der Bank Beschuß fassen soll.

** Nach der Bilanz, welche die Firma E. N. Jacob in Königsberg bei der Konkurs-Eröffnung aufgestellt hat, betragen die Passiva 567,679 Thlr., die Aktiva 284,345 Thlr. Danach bezieft sich die Unterbilanz auf 283,333 Thlr.

Wien. 7. Januar. Die am 13. Januar fälligen 9proz. ottomanischen Schagbons werden bis inkl. 23. Januar bei der Kreditanstalt und der Bodenkreditanstalt mit $4\frac{1}{2}$ % pr. 100 eingelöst.

** Prämien-Anleihe der Stadt Mailand von 1861 (45-Francs-Loose). 45. Verlosung vom 1. Januar 1872.

Gezogene Serien:
601 3058 3115 3156 3650 3662 4339 5388 5988 1268 1623 2645
6758 7316 7760

Gewinne:

Serie	Nr.	a Frs.	Serie	Nr.	a Frs.
3650	20	80000	3115	48	60
6758	5	3000	5388	45	60
3650	29	1000	3058	21	60
1623	33	1000	2645	20	60
1623	48	400	7760	42	60
3115	32	400	1268	39	60
601	49	400	3662	35	60
3650	32	200	3115	17	60
3650	48	200	3058	47	60
1268	28	200	7316	36	60
2645	28	200	3115	4	60
4339	25	200	601	40	60
7316	11	200	3058	10	60
7760	31	100	6758	47	60
6758	50	100	3650	4	60
5388	38	100	3156	22	60
3115	24	100	1268	46	60
2645	3	100	3156	17	60
3156	38	100	5988	14	60
7316	48	100	3115	9	60
1623	14	100	1268	29	60
3662	25	100	3156	36	60
3662	45	100	2645	10	60
1268	40	60	5388	36	60
7316	39	60	5988	48	60
3662	26	60	3115	3	60
601	16	60	3058	31	60
7760	19	60	4339	36	60
5388	29	60	7760	45	60
7316	7	60	5988	2	60
5388	21	60	601	46	60
7760	20	60	5388	4	60
3058	17	60	2645	40	60
5388	5	60	3650	35	60
2645	23	60	6758	42	60
2645	29	60	1623	43	60
7760	12	60	3115	34	60
5988	31	60			

Alle übrigen zu den obigen fünfzehn gezogenen Serien gehörenden Obligationen sind mit je 45 Frs. rückzahlbar.

Konstantinopel. 7. Januar. Die Kapitalien frommer Stiftungen sollen durch das Ministerium zum Ankaufe von Türkensönen verwendet werden.

Bukarest. 7. Januar. Die rumänischen Bahnen haben in der 50. Woche eine Mehreinnahme von 105,444 Frs.

Gleiwitz. 5. Januar. [Kohlenfund.] In dem zur Herrschaft Laband gehörigen $\frac{1}{4}$ Meile von Gleiwitz entf. Dorfe Alt-Gleiwitz, hat der Grubenbesitzer Alanta, auf dem Grundstück des Gasthofbesitzers Vochedek, bei einer Teufe von ca. 400 Fuß, Kohle erbohrt, die bis jetzt, ohne daß die Sohle erreicht wäre, eine Mächtigkeit von 7 Fuß ergeben hat. Über die Beschaffenheit der Kohle haben wir noch kein authentisches Urtheil einziehen können, es läßt sich aber mit größter Wahrscheinlichkeit annehmen, daß wir es hier mit der Fortsetzung des in Brzezinka vor Kurzem erschlossenen $29\frac{1}{2}$ Fuß mächtigen Kohlenflözes zu thun haben, das an Voraussetzung dem Kohl der Fabrik Königin-Louisengrube nicht nachstehen soll. Brzezinka liegt ca. $\frac{1}{2}$ Meile nordwestlich von Alt-Gleiwitz. Eine weitere südöstliche Fortsetzung dieses Brzezinka-Alt-Gleiwitzer Kohlenflözes könnte man in der bei Sosnitz bereits im Bau begriffenen Karl-Oswald-Grube konstatiren. (Schles. Bl.)

Vermischtes.

* **Berlin.** 7. Jan. [Ein hoffnungsvoller Husar. Eiserner Bellachini. Zur Saïf.] Vor dem Palais des Kaisers hatte sich in der vergangenen Woche fast jeden Vormittag ein etwa achtjähriger Knabe aufgezeigt, der eine Husaren-Uniform trug und, sobald er den Kaiser am Fenster erblickte, sogleich den Degen zog und Front machte. Als der Kleine das Manöver auch am Sonnabend wiederholte, wurde der Monarch aufmerksam und ließ durch einen Adjutanten den jungen Krieger herein holen. Der Kaiser fragt nun den Knaben, was sein seltsames Auftreten zu bedeuten habe. „Ach, Herr Kaiser“, sprach der Kleine, „ich möchte gern Husarenleutnant werden!“ „Gleich Lieutenant?“ erwiderte der Kaiser lächelnd. „Nun, wir wollen sehen, was zu machen ist.“ Der Kaiser ließ sich noch an demselben Tage über die Eltern des jungen Kriegers Bericht erstatten. Der Knabe hatte sich aus freiem Antriebe vor das Palais hingestellt. Der Vater ist ein schwächer Maschinenarbeiter in einer hiesigen Fabrik. Vielleicht wird er einst Vater eines preußischen Husarenlieutenants heißen. — Die Eisernen des diesmaligen Winters scheint nicht einmal eine mittlere zu werden, deshalb wird der Artikel von allen Seiten stark begehrte. In vorheriger Woche hatten die Bäcker der Nummersburger Umgegend einen Auftrag nach Dortmund auszuführen, das Eis wurde auf bedekte Wagen verladen und durch Elitzug befördert. Die Ablieferung des Eisens an die verschiedenen Brauereien ic. ergibt für die Fuhrleute eine beträchtliche Einnahme; es werden für den Zentner nach Maßgabe der Entfernung 9 Pfennige bis 2 Silbergroschen Fuhrlohn bezahlt, und in zwei Touren lassen sich täglich etwa 140 Zentner abfahren. — Der Baubet- und Tausendfüßler Bellachini, der schon seit Monat Oktober allabendlich den Herrenspuk losläßt, und dessen Leistungen längst aneckant sind, wird nur noch kurze Zeit hier verweilen. Zur Bereicherung des Programms bilden täglich den Schluss „prachtvolle Wandbilder“, wie auch Geistererscheinungen. — Die Festaison der Hofgesellschaft wird, wie die „Montags-Ztg.“ mittheilt, in diesem Karneval noch stiller werden, als bereits angedeutet wurde. Die Tanzsalons des Fürsten Bismarck bleiben geschlossen, da, wie der Fürst, auch die Fürstin leiden ist, und die Tochter sich ganz der Gesellschaft ihrer Mutter widmet. Viele der großen Familien haben Trauer und auch die Diplomatie wird ziemlich sparsam mit ihren Festen sein. Bei dem französischen Botschafter wird kein Ball stattfinden, ebenso wenig bei dem österreichischen, da eine Schwester der Gräfin Karolyni gestorben ist.

* **Besuch der Prinzessin Karl an der Börse.** Die Prinzessin Karl stellte heute der Börse einen Besuch ab, um das Leben und Treiben derselben aus eigener Erfahrung kennen zu lernen. Die Börse wurde in Folge dessen früher als gewöhnlich eröffnet und die Galerie: während der Anwesenheit der Prinzessin gesperrt. Dieselbe befand sich in Begleitung eines Kammerherrn und einer Hofdame.

** **Die Januarausgabe** von Ad. Haussmann's Märtlerverzeichniß ist soeben erschienen. Dasselbe hilft einem entschieden Bedürfnis ab und erleichtert wesentlich den Börsenverkehr. In dem Verzeichniß sind die Effeten in grüner Gruppe, untereinander alphabetisch geordnet, zusammengestellt und jedem Papier der Name des Märtlers gegenüber gedruckt, welcher sich mit der Vermittelung desselben beschäftigt.

* **Blutvergiftung durch Stahlfedern.** Aus Gönnis vom 27. Dezember wird dem „Bützauer Wochenblatt“ geschrieben: „Wir können nicht umhin, hierdurch einen hier vorkommenden Fall von Blutvergiftung durch Stahlfedern zu veröffentlichen, um zu beweisen, wie vorsichtig man mit deren Gebrauch umgehen muß. Ein hiesiger Bahnhofbeamter stach sich kürzlich beim Schreiben mit einer Stahlfeder in die Hand; er beachtete die Verletzung weiter nicht, bis nach 18 Stunden der ganze Arm bis zum Achselgelenk vollständig angeschwollen war. Der nunmehr herbeigeholte Arzt konstatierte eine durch den Stich der Feder verursachte Blutvergiftung, welche jedoch, da die Hilfe glücklicher Weise rechtzeitig kam, für den Patienten ohne schlimme Folgen blieb. Es dürfte dieser Fall geeignet sein, namentlich die Schulkinder, welche jetzt allgemein der Stahlfedern bedienen, auf das Gefährliche einer derartigen Verletzung hinzuweisen.“

* **Wien.** 4. Jan. Dem bekannten Schriftsteller und Bibliothekar im Unterrichtsministerium, kaiserl. Rath Dr. S. H. Ritter v. Wostenhuth ist der Titel und Rang eines Regierungsraths verliehen worden.

* **Auf der Odesaer Eisenbahn** ist eine große Anzahl gefälschter Passagier-Billets entdeckt worden; man spricht, für die Summe von etwa 20,000 Rbl. Es scheint ein ganzes Lager gewesen zu sein, aus welchem nach allen Richtungen des weiten Russlands Billets sowohl des lokalen, als auch des direkten Verkehrs verabsagt wurden.

* **Ein Pfarrer als Fälscher.** Vor dem Polizeigericht in Middlesborough stand dieser Tage der Rev. B. Henry Doyle, Pfarrer von Eston, unter der Anklage der Fälschung. Er soll 220 Aktien einer Eisenfabrik-Gesellschaft, jede zu 100 Pf. Sterl. gefälscht haben. Als gedachte Gesellschaft gegründet wurde, zeigte er Aktien im Betrage von 10,000 Pf. Sterl. und zahlte darauf 3500 Pf. Sterl. ein. Bei der Gesellschaft gingen kürzlich 220 unterzeichnete und untersiegte Aktien-Zertifikate mit einer von Doyle unterzeichneten Übertragungs-Urkunde ein. Man schloß Verdacht und ermittelte, daß Unterschriften und Siegel dieser Aktien-Zertifikate geschickt Fälschungen

Sitzung der Stadtverordneten zu Posen

am 11. Januar 1873, Nachmittags 4 Uhr.

Gegenstände der Berathung:

- 1) Einführung und Verpflichtung der neu- resp. wiedergewählten Stadtverordneten.
- 2) Wahl des Stadtverordneten-Vorsitzenden und dessen Stellvertreters pro 1873.
- 3) Wahl der Mitglieder zu den Fach-Kommissionen pro 1873.
- 4) Erhöhung des Lohnes für die Strafenzeger Smolski und Galka.
- 5) Wahl eines Ersatzmannes in die Einschätzungs-Kommission für die Veranlagung der klassifizirten Einkommensteuer.
- 6) Wahl eines Schiedsmannes für den X. Bezirk.
- 7) Verpachtung der städtischen Wiesen und Ackerparzellen auf der Feldmark Görczyn.
- 8) Verkauf eines Platzes zwischen dem Grundstücke Magazin-Straße Nr. 1 und dem Königl. Kreisgerichte.
- 9) Persönliche Angelegenheiten.



Oberschlesische Eisenbahn.

Vom 15. Januar 1873 ab ist im Schlesisch-Oberschlesischen Verband-Büro die Beförderung von Güternsendungen mit Declaration des Satzes rechteiger Lieferung unter d. n. dem dritten Tarifnachfrage, welche bei den Verbandstationen häufig zu haben ist, enthaltenen Bedingungen gesetzet.

Breslau, den 2. Januar 1873.

Königliche Direktion
der Oberschlesischen Eisenbahn



Oberschlesische Eisenbahn.

Im Wege der öffentlichen Subsistenz sollen alle Material-Abgänge verschiedener Gattung, circa 1152 Centner, den Meistbietenden überlassen werden. Die Gebote hierauf sind postst. und veröffentlicht mit der Aufschrift:

Offerie auf den Ankauf von Materiāl-Abgängen

bis zum am auf Mittwoch, 22. Januar 1873

Morgens 10 Uhr, im diesseitigen Bureau zu Poln.-Vff. anberaumten Termine an die unterzeichnete Betriebs-Inspection einzutragen, wo dieselben in Gegenwart des ehemalig erschienenen Submissions eröffnet werden.

Die Bedingungen so wie das Verzeichniß der zu verkaufenden Material-Abgänge sind in dem diesseitigen Bu. aufgelegt und können auch gegen Erstattung der Copien von hier ausbezogen werden.

Vor dem Term' ist Caution vo. 5 Pf. der Kaufsumme zu depositieren.

Poln.-Vff., 6. Januar 1873.

Rgl. Betriebs-Inspection V. der Oberschlesischen Eisenbahn.

Luck.

Nothwendiger Verkauf.

Das in dem Büro Duppiewiec, Kreises Posen, unter Nr. 8 belegene dem Wirth Jacob Gieselski gehörige Grundstück, welches mit einer Fläche-Inhalte von 29 Hektaren, 25 Aen, 35 Quadratfach der Grundfläche unterliegt und mit einem Grundsteuer-Beitrag von 94 Thlr. 28 Sgr. 6 Pf. und zur Gebäudesteuer mit einem Nutzwert von 20 Thlr. versteuert ist, soll durch Zwangsvollstreckung im Wege der nothwendigen Substation am

Dienstag,

den 18. März d. J.

Nachmittags 10 Uhr, im Locale des hiesigen Königl. Kreisgerichts, Geschäftszimmer Nr. 13, versteigert werden.

Posen, den 16. Dezember 1872.

Königliches Kreisgericht.

Der Substations-Richter.

ges. M. Egel.

Dienstag den 14. d. M.

11 Uhr Nachmittags, sollen in den Kurniker Forsten (Revier Drapalka II.)

160 Stück Kiefern im Wege des Meistgebots verkauft werden.

Die Forstverwaltung.

Aufgebot.

Im April 1871 sind beim Ausroden einer Schonung auf dem, dem Besitzer gehörigen Gute Kaslik, in einer Tiefe von circa 6 Fuß in der Erde mehrere Stück doppelte Friedrichsdore gefunden und vier Stück derselben zur polnischen Verwahrung abgeliefert worden, woselbst solche sich noch befinden.

Alle dienten, welche als Eigentümer oder sonst aus einem Rechtsgrunde an eine doppelte Friedrichsdore Ansprüche haben, wird aufgefordert,

dieselben spätestens im Termine

den 8. Februar 1873,

Nachmittags 11 Uhr, im Dienstzimmer des hiesigen Gerichtsgerichts, bei Verlust ihres Rechts zu machen.

Erzemeszno, den 14. Dezember 1872.

(L. N.)

Königl. Kreisgericht.

Erlaß Abtheilung.

In dem Konkurs über das Vermögen des Kaufmanns Moritz Kot in Posen ist zur Verhandlung von Beschlusssatzung über einen Auktionstermin

auf den 18. Januar c.,

Nachmittags 10 Uhr, vor dem Konkurs-Kommissar im Konkurs-Bureau anberaumt worden.

Die Beteiligten werden hieron mit dem Bemerkern in Kenntniß gesetzt, daß alle festgestellten Forderungen des Konkursgläubiger, soweit für dieselbe weder ein Vorrecht, noch ein Hypothekenrecht, Pfandrecht oder ordentliche Absonderungsrecht im Anspruch genommen wird, zur Theilnahme an der Beschlusssatzung über den Auktionsberechtigten. Die Handlungsbücher, Bilanz nebst dem Inventar und der vom Verwalter über die Natur und den Charakter des Konkurses erstattete schriftliche Bericht liegen in unserer Konkurs-Bureau zur Einsicht der Beteiligten offen.

Posen, am 6. Januar 1873.

Königliches Kreisgericht

Nothwendiger Verkauf.

Das im Großherzogthum Posen in Posener Präf. und dessen Oberkreise deßgenen, abzweigende Rittergut Popówko, in dem Dorfe gleichnamen, dem Dorfe Popowko und Arbanie, dem Vorwerke Zagaj und Ryhorancie befindet, dem Grafen Alexander v. Bainski gehörte eben Besitztitel auf den Namen des oben berichtigte steht, und welches in seinem Flächeninhalt von 1327 Hektaren 80 Quadratfach der Grundfläche von 11 Hektaren und mit einem Grundsteuer-Beitrag von 4756 Thlr. 1 Pf. zur Gebäudesteuer mit einem Nutzwert von 57 Thlr. versteuert ist, soll im Wege der nothwendigen Substation

am 28. Mai 1873,

Nachmittags 9 Uhr, im Lokal des Königlichen Kreisgerichts-Rogasen versteigert werden.

Der Auszug aus der Steuerrolle bzgl. glaubige Abzicht des Grundstücks von dem Rittergut und alle sonstigen derselbe betreffende Nachrichten, sowie die von den Interessenten bereits gestellten oder noch zustellenden besondern Verkaufs-Bedingungen können im Bureau III. des interzessierten Königlichen Kreisgerichts-Rogasen während der gewöhnlichen Dienststunden eingesehen werden.

Diejenigen Personen, welche Eigenherrschaft oder welche hypothekarische Rechte eingetragen Realrechte, zu deren Sicherheit gegen Dritte jedoch die Eintragung in das Hypothekendbuch gleich erforderlich ist, auf das oben genannte Grundstück gelten mögen wollen, werden hierdurch aufgefordert ihre Ansprüche spätestens in den beiden Versteigerungs-Termine anzumelden.

Der Beschluß über die Erteilung des Bushlags wird in dem auf

den 30. Mai 1873,

Mittags 12 Uhr, im Geschäftsräume des unterzeichneten Kreisgerichts anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Rogasen, den 11. Dec. 1872.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Substations-Richter.

Der Bau neuer Schulgebäude zu Duppiewiec veranschlagt exkl. Bauholz, welches der Schulpatron unentgeltlich lieiert auf

4040 Thlr. 11 Sgr. 2 Pf. soll im Wege der Ministrationsverwaltung werden. Hierzu ist ein Termin auf

5. Januar 1873,

Mittags 12 Uhr, im Geschäftsräume des unterzeichneten Kreisgerichts anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Rogasen, den 11. Dec. 1872.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Substations-Richter.

Der Bau neuer Schulgebäude zu Duppiewiec veranschlagt exkl. Bauholz, welches der Schulpatron unentgeltlich lieiert auf

4040 Thlr. 11 Sgr. 2 Pf.

soll im Wege der Ministrationsverwaltung werden. Hierzu ist ein Termin auf

5. Januar 1873,

Mittags 12 Uhr, im Geschäftsräume des unterzeichneten Kreisgerichts anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Rogasen, den 11. Dec. 1872.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Substations-Richter.

Der Bau neuer Schulgebäude zu Duppiewiec veranschlagt exkl. Bauholz, welches der Schulpatron unentgeltlich lieiert auf

4040 Thlr. 11 Sgr. 2 Pf.

soll im Wege der Ministrationsverwaltung werden. Hierzu ist ein Termin auf

5. Januar 1873,

Mittags 12 Uhr, im Geschäftsräume des unterzeichneten Kreisgerichts anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Rogasen, den 11. Dec. 1872.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Substations-Richter.

Der Bau neuer Schulgebäude zu Duppiewiec veranschlagt exkl. Bauholz, welches der Schulpatron unentgeltlich lieiert auf

4040 Thlr. 11 Sgr. 2 Pf.

soll im Wege der Ministrationsverwaltung werden. Hierzu ist ein Termin auf

5. Januar 1873,

Mittags 12 Uhr, im Geschäftsräume des unterzeichneten Kreisgerichts anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Rogasen, den 11. Dec. 1872.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Bau neuer Schulgebäude zu Duppiewiec veranschlagt exkl. Bauholz, welches der Schulpatron unentgeltlich lieiert auf

4040 Thlr. 11 Sgr. 2 Pf.

soll im Wege der Ministrationsverwaltung werden. Hierzu ist ein Termin auf

5. Januar 1873,

Mittags 12 Uhr, im Geschäftsräume des unterzeichneten Kreisgerichts anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Rogasen, den 11. Dec. 1872.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Bau neuer Schulgebäude zu Duppiewiec veranschlagt exkl. Bauholz, welches der Schulpatron unentgeltlich lieiert auf

4040 Thlr. 11 Sgr. 2 Pf.

soll im Wege der Ministrationsverwaltung werden. Hierzu ist ein Termin auf

5. Januar 1873,

Mittags 12 Uhr, im Geschäftsräume des unterzeichneten Kreisgerichts anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Rogasen, den 11. Dec. 1872.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Bau neuer Schulgebäude zu Duppiewiec veranschlagt exkl. Bauholz, welches der Schulpatron unentgeltlich lieiert auf

4040 Thlr. 11 Sgr. 2 Pf.

soll im Wege der Ministrationsverwaltung werden. Hierzu ist ein Termin auf

5. Januar 1873,

Mittags 12 Uhr, im Geschäftsräume des unterzeichneten Kreisgerichts anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Rogasen, den 11. Dec. 1872.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Bau neuer Schulgebäude zu Duppiewiec veranschlagt exkl. Bauholz, welches der Schulpatron unentgeltlich lieiert auf

4040 Thlr. 11 Sgr. 2 Pf.

soll im Wege der Ministrationsverwaltung werden. Hierzu ist ein Termin auf

5. Januar 1873,

Mittags 12 Uhr, im Geschäftsräume des unterzeichneten Kreisgerichts anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Rogasen, den 11. Dec. 1872.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Bau neuer Schulgebäude zu Duppiewiec veranschlagt exkl. Bauholz, welches der Schulpatron unentgeltlich lieiert auf

4040 Thlr. 11 Sgr. 2 Pf.

soll im Wege der Ministrationsverwaltung werden. Hierzu ist ein Termin auf

5. Januar 1873,

Mittags 12 Uhr, im Geschäftsräume des unterzeichneten Kreisgerichts anberaumten Termine öffentlich verkündet werden.

Rogasen, den 11. Dec. 1872.

Königliches Kreis-Gericht.

Der Bau neuer Schulgebäude zu Duppiewiec veranschlagt exkl. Bauholz, welches der Schulpatron unentgeltlich lieiert auf

4040 Thlr. 11 Sgr. 2 Pf.

In unserem Verlage ist erschienen:

Kalendarz polski i gospodarski

dla Wielkiego Księstwa Poznańskiego na rok Państwski 1873 z rycinami. Tuzin 2 tal. 25 sgr., pojedyńczo 10 sgr. Kalendarz ten zawiera, prócz astronom. i kościelnego.

Anna Orzelska, pani Blękitnego Pałacu, przez J. Bartoszewicza;
O rodzinie Kopernika;
Wyprawa do miasta, historya noworocznia;
Oblizienia cen nowych miar i wag podtug starych;
Wykaz jarmarków dla W. Ks. Poznańskiego, Prus Zachodnich, Wschodnich i Śląska, i t. d. i. t. d.

Posen.

Hofbuchdruckerei von W. Decker & Co.
(E. Röster.)

Dominium Lüssow, Kreis Posen
sucht zum 1. April einen verheiratheten

Einen anständiger Mann, welcher mit Pferden und häuslichen Arbeiten Geschäft weiß, gleichviel verheirathet oder unverheirathet findet dauernde Beschäftigung bei H. A. Länge, Schuhmacherstr.

Ein Lehrling sucht G. Senftleben, Uhrmacher Waltsche Nr. 11.

Börsen-Telegramme.

Newyork, den 8 Januar. Goldagis 12½ % Bonds 1885. 114½.
Berlin, 9. Januar. (Anfangs-Kurse.) Weizen ruhig, per Januar 81½, Mai-Juni 5½ — Roggen ruhig, lolo 57½, Januar 58, April-Mai 57, Mai-Juni 5½ — Rübbel ruhig, lolo 23½, Jan.-Febr 23, April-Mai 23½ — Spiritus fest, per Januar 18, 5, April-Mai 18, 19, Juni-Juli 18, 28. — Hafer fest, per Januar — Petroleum 18½ — Galizier Eisenb. 10½, Staatsbahn 207½, Bombarden 116, Italiener 15½, Amerik. 97, Öster. Kreditattien 203½, Türk. 52½.
Bondsstimmung: fest. — Weiter: schön.

Stettin, den 9. Januar 1873. (Teleg. Agentur.)

	Not. v. 8.	Not. v. 8.
Weizen unverändert,		Rübbel —,
Januar	82	lolo
Frühjahr	83½	Januar
Mai-Juni	83½	23½ 23½
Roggen matt,		
Januar	54½	54½
April-Mai	56	56½
Mai-Juni	55½	56

Posener Privat-Marktbericht vom 9. Januar 1873.

	1000 p. 1050 p. 925 p. 925 p. 925 p. 1125 p. 1125 p. 1125 p. 625 p. 625 p. 875 p. 875 p.	1000 p. 1050 p. 925 p. 925 p. 925 p. 1125 p. 1125 p. 1125 p. 625 p. 625 p. 875 p. 875 p.
Weizen: fester.	feiner mittel ordinär und defekt	88—96 Thlr. 83—86 " 75—80 "
Roggen: fester.	feiner mittel ordinär	56—57 54—55 52—53
Gerste: befestet.	feine mittel und ordinär	46—47 42—43
Beinsamen: unverändert.		75—82
Hafer: flau.	feiner mittel und defekt	27½—29½ 25—26½
Erbsen: ruhiger	Kochs Butter	53—55 48—50
Dolsaat: Raps Rüben		43—45
Widen: offert		46—49
Klee: roth weiß		
Buchweizen: befestet.		
Bupinen: gelbe blaue		

Amsterdam.	1869.	Pilsen.	1869.	Wittenberg.	1871.	Eger.	1871.	Dresden.
		1. Preis.				1. Preis.		

Einzig vorzüglicher Ersatz der Ammenmilch
und bestes Nähr- und Stärkungsmittel für Convalescenten, Magenleidende, Bleisächtige, Blutarme, Siehe ic. ist

Liebe's Nahrungsmittel in „löslicher“ Form;
ein leblich schmeckendes, im Vacuum dargestelltes Extrakt zur sofortigen Herstellung der Liebig'schen Suppe, ohne zu kochen. Gläser von 300 Gr. Inhalt zu 12 Sgr.

In Posen bei Apotheker Pfuhl.

Einen zuverlässigen, der deutschen u. polnischen Sprache mächtigen zweiten Beamten

sucht vom 1. April d. J. Das Dom Chwalibogowo bei Breslau.

Eine geübte Majorette und einige Weißzeugnachterinnen finden dauernde und lohnende Beschäftigung Büttelstr. 18, 1 Treppen im Hofe.

für 1 Komitee v. 1 Schilling ist Breslau bei J. M. Friedländer.

Zum sofortigen Antritt sucht ich einen tüchtigen Kommiss der polnischen Sprache mächtig für mein Spezerei-Geschäft. Kempen, Provinz Posen.

H. Schelenz.

Schrift: Paul Liebe in Dresden.

Schrift: Paul Liebe in Dresden.

Eine Directrice für ein

Putzgeschäft wird in einer Stadt Niederschlesien

gesucht.

Adressen sub F. 8065 an die Annoncer Expedition von Rudolf Mosse in Berlin erbeten.

Die Gesellschaft.

Die Gesellschaft